

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 14. September 1979

13. Jahrgang

1 DM

13 000 Namen im BKA-Computer gespeichert

Schluß mit der Bespitzelung von Betriebsräten!

Bonner Geheimdienst in allen Großbetrieben

In der nächsten Woche werden die Innenminister der Länder zu einer Konferenz in Bonn zusammenkommen. Thema der Tagung: die systematische Bespitzelung von Betriebsräten in unserem Land. Stück um Stück sind in den letzten Wochen die Tatsachen über diesen Skandal ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden. Berechtigte Empörung herrscht nach den Enthüllungen über diese Machenschaften des Bonner Schnüffelsstaates in den Betrieben und in den Gewerkschaften.

Und das ist der gegenwärtige Stand der bekanntgewordenen Tatsachen über die Bespitzelung von Belegschaftsvertretern: Überprüft werden vom Verfassungsschutz alle Betriebsräte und Jugendvertreter

- in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten;
- in Betrieben des Energiesektors mit einem Grundkapital von mehr als 20 Millionen Mark;
- in Betrieben des Verkehrsbereichs mit einem Grundkapital von mehr als 10 Millionen Mark;
- in allen Betrieben, in denen jemals „linksextremistische Aktivitäten“ festgestellt wurden.

Angesichts dieser Liste kann also ohne Übertreibung gesagt werden, daß ausnahmslos alle Belegschaftsvertreter in mittle-

ren und Großbetrieben von den Bonner Geheimdiensten ausgespäht werden. Aus dem Innenministerium wurde eine Zahl von 13000 Betriebsräten und Jugendvertretern bekannt, deren Daten im berühmten BKA-Computer NADIS gespeichert sind. Die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten — sie werden wie Verbrecher behandelt!

Nur zu rein statistischen Zwecken würde man die Informationen speichern — so versuchte der Verfassungsschutz die Wogen der Empörung zu glätten. Aber nicht einmal der für die Spitzelei zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, Loewenich, wagte es, die Tatsache zu dementieren, daß die vom Verfassungsschutz erschnüffelten Informationen auch direkt den

Betriebsleitungen zur Verfügung gestellt werden, daß dieses Material also auch dazu dient, die Betriebe von allen kämpferischen Kollegen zu säubern.

Die jetzt bekanntgewordenen Schnüffeleien zeigen einmal mehr, daß der riesige Bonner Polizeiapparat mit seinem Rattenschwanz von Spitzeln und seinem perfekten Computernetz eben nicht ausgebaut und eingesetzt wird, um „Terroristen“ abzuwehren. Er richtet sich direkt gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen. Das immer lückenhafte System der staatlichen Überwachung ist dabei die Grundlage, um jede kämpferische Regung in den Betrieben, jeden Widerstand gegen die verschärfte Ausbeutung, sofort sichtbar zu machen.

Siehe auch Artikel auf S. 7.

Auf zur Demonstration



gegen die Jugendpolizei!

15.9.1979, 10.00 Uhr, Essen-Saalbau

**INITIATIVE
KEINE JUGENDPOLIZEI
IN NRW**

NATO- Herbst- manöver

Schon wieder Todesopfer!

Seit dem 7. September finden in der Bundesrepublik wieder die alljährlichen NATO-Herbstmanöver statt. 25 verschiedene Übungen des Heeres und der Luftwaffe sind es dieses Mal, bei denen mehr als 200 000 Soldaten eingesetzt werden sollen, zusätzliche Seeübungen sind ebenfalls geplant.

Und ebenfalls am 7. September beginnt in diesem Jahr die Liste der Todesopfer: Beim Zusammenstoß eines Schützenpanzers mit einem LKW gab es eine Tote und zwei Schwerverletzte.

Es ist zu befürchten, daß auch in diesem Jahr die erste Tote nur eine in einer langen Liste sein wird. Jedes Jahr fordern die immer größeren und immer längeren Manöver auch immer mehr Opfer, Tote und Verletzte.

In den letzten Jahren waren es immer wieder Panzer, in erster Linie US-amerikanische Panzer, die bei ihren Übungsschlachten Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.

Deshalb weisen Radio und Presse in zynischer Weise darauf hin, daß ab 12. September die Autofahrer vor allem in Nordhessen vorsichtig sein sollen, da an diesem Tag das Panzermanöver „Constant Enforcer“ beginnt. Gibt es dann weitere Tote und Verletzte, so waren sie, nach offizieller Lesart, eben nicht vorsichtig genug.

Angesichts der vielen Opfer und der enormen Sachschäden, die diese Manöver mit sich bringen, wird die Forderung „Schluß mit den Kriegsübungen!“ immer stärker erhoben.

Hafenarbeiter im Streik

in Rotterdam. Obwohl die Führung der größten Gewerkschaft versucht, den Streik zu verhindern, beteiligen sich auch ihre Mitglieder geschlossen. Der Streik dehnt sich aus. Jetzt wird auch in Amsterdam gestreikt. Ein Aktionskomitee, gebildet aus Vertretern der einzelnen Betriebe, organisiert den Kampf und die Solidarität der Bevölkerung. Mehr Lohn, mehr Urlaub, eine Frühere Rente und verbesserte Schichtbedingungen sind die Forderungen der niederländischen Hafenarbeiter. In einer Urabstimmung beschlossen sie letzte Woche die Fortsetzung des Streiks.

Protestiert gegen die Strauß-Tournee

Strauß raus aus dem Ruhrgebiet

Strauß, der starke Mann des westdeutschen Finanzkapitals, der geschworene Feind der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, beginnt diesen Freitag in Essen seine Ruhrgebietstournee, die ihn, abgesehen von einem Abstecher nach Köln, noch nach Herne und Bochum führen wird.

Sicher wird der Besuch des Mannes, der den Mördergeneral Pinochet zu seinen Freunden zählt, der über beste Beziehungen zu Reaktionären und Faschisten im In- und Ausland verfügt, von den Unionsparteien und diversen neonazistischen Grüppchen mit Freude registriert.

Für die Millionen Werktätigen des Reviers aber ist der Strauß-Besuch eine einzige Provokation. Der CSU-Chef, der über die Hans-Seidel-Stiftung den Aufbau einer faschistischen Staatsgewerkschaft in Chile unterstützt, der in aller Öffentlichkeit über die

Spaltung und Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft nachdenkt, hat den Kumpels, den Stahlkochen und Metallern gerade noch gefehlt. Vor allem die Gewerkschaftsjugend, die schon vor 14 Tagen den DGB-Oberbunzen Vetter ausgepöffelt hat, weil er den Gewerkschaftsfeind Strauß verharmlosen wollte, wird den provokatorischen Strauß-Besuch nicht widerstandslos hinnehmen.

In allen Großbetrieben des Reviers hat die KPD/ML ein Flugblatt verbreitet, das zum Protest gegen den „neuen Führer“ aufruft. Bereiten wir ihm einen würdigen Empfang!

90 Jahre Bergarbeiter- gewerkschaft

DORTMUND. — Anlässlich des 90. Jahrestages der Gründung der Bergarbeitergewerkschaft hielt die IG Bergbau und Energie in der Dortmunder Westfalenhalle eine Großveranstaltung ab, die von annähernd 200 000 Menschen besucht wurde. (Lesen Sie Näheres auf Seite 5).

Vertrauensleute fordern Nach- schlag und Aus- sperrungsverbot

DORTMUND. — Die Vertrauensleute der Stadtwerke Dortmund haben auf ihrer letzten Versammlung zwei wichtige Anträge verabschiedet.

An den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV richteten sie die Forderung, rückwirkend zum 1. März eine Teuerungszulage von 100 Mark monatlich durchzusetzen. Den nächsten Gewerkschaftstag forderten sie auf, das gesetzliche Verbot der Aussperrung zu verlangen.



Die Bauern müssen weichen, wenn die Panzer kommen. Neben der wachsenden Zahl von Todesopfern steigt auch die Summe der Flurschäden durch Manöver immer mehr.

Kommentar

Der Antikriegstag 1979 war ohne Zweifel der stärkste Aufmarsch der Kriegsgegner in den letzten Jahren. Aus den vielen Forderungen, die erhoben wurden, ragte vor allem eine heraus: die zehntausendfach erhobene Forderung nach einem konsequenten Kampf gegen Strauß.

Faschismus und Krieg zu führen.

Der massive Protest von weit mehr als 10 000 Arbeitern, Gewerkschaftern gegen Vetter in Dortmund ist ein Ausdruck dafür, daß es nicht die Chaoten auf ihren alternativen Spielwiesen sind, die den Kampf gegen

Antikriegstag und der Kampf gegen Strauß

Alle Maßnahmen der DGB-Führung, seien es beschönigende Reden von Vetter in Dortmund, prügeln- de Ordner in München, Verbot von Veröffentlichungen der Gewerkschaftsjugend oder eines Kreisfrauen- ausschusses, konnten diese Forderung nicht verstummen lassen. Die ganze Garde sozialdemokratischer Sonntagsredner, von Landes- ministern und Parteibonzen, ertönten stets massiven Protest mit ihren wässrigen Appellen an Gott und die Welt, mit ihrem Bemühen, die Gefährlichkeit der Kanzlerkandidatur von Strauß herunterzuspielen.

Dieser Antikriegstag war ohne Zweifel ein Sieg für alle, die wirklich gegen Reaktion, Faschismus und Krieg kämpfen wollen. Er war eine Niederlage für die Führer von SPD, DGB und auch der DKP.

Sie alle, ob in der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ oder in der DKP-Zeitung UZ, vermochten im Protest gegen die Beschönigungen Veters nur die Chaoten am Werk sehen. Die Tatsache, daß die DKP-Zeitung ihre eigenen Mitglieder so beschimpft, von denen viele ebenfalls gegen Vetter protestiert haben, zeigt, daß alle diese Kräfte heute von der sich entwickelnden Bewegung gegen Strauß überrollt werden. Zahlreiche begeisterte Briefe einfacher SPD-Mitglieder auf die Äußerung des Bremer Senators Scherf, der Strauß und Carstens als „Gang“ bezeichnete, sind ein Beweis dafür, wie viele Menschen heute, selbst in der SPD, auf eine kämpferische Kraft warten. Auf eine Kraft, die bereit ist, einen harten, kompromißlosen und frontalen Kampf gegen Reaktion, Strauß fordern, sondern die Werktätigen und die Jugend.

Die begeisterte Aufnahme aller Anti-Strauß-Materialien, die wachsende Front gegen Reaktion und Faschismus bezeugen, daß unsere Partei, die als einzige sofort und konsequent gegen Strauß mobilisiert hat, auf dem richtigen Weg ist.

Ein konsequenter Kampf gegen Strauß aber ist im Kern ein revolutionärer Kampf, ein Kampf gegen die Pläne des Großkapitals. Deshalb treten jetzt reformistische Kräfte auf, die die Wahl der SPD oder die gemeinsame Linksfront unter Führung der SPD als Alternative zu Strauß verkaufen wollen.

Die SPD, deren Führung heute eine Neuauflage der großen Koalition erwägt, die Partei der Notstandsgesetze, des Berufsverbots, der Todesstrafe, soll eine Alternative sein? Die Partei, die heute mit aller Kraft verhindern will, daß sich ein wirklicher Kampf gegen Strauß entfaltet, als taktischen Bündnispartner oder kleineres Übel verkaufen zu wollen, das ist der Versuch, den Kampf gegen Strauß abzuwürgen.

Jeder, der sich das realistisch überlegt, der nicht schon angesichts der Kanzlerkandidatur von Strauß den Mut verliert und deshalb lieber den Beschönigungen von SPD und DKP lauscht, jeder also, der sich diese Frage ehrlich überlegt, wird zum Schluß kommen, daß das unmöglich ist.

Die Alternative ist eine ganz andere: der Zusammenschluß aller wahren Demokraten zu einer breiten, unabhängigen, selbständigen Front des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Für diese Alternative wird unsere Partei mit ganzer Kraft kämpfen.

Melde
gehorsamst:
Einheit der
Union
hergestellt!



CDU-Bundesausschuß tagte

Strauß hat alle Fäden in der Hand

Kohl nur dem Namen nach CDU-Chef

BONN. — Dem Namen nach ist Helmut Kohl immer noch CDU-Chef, doch faktisch hat er die Führung seiner Partei längst an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß abgeben müssen. Was das Votum der CDU/CSU-Fraktion für Strauß schon deutlich machte, bestätigte der Bundesausschuß der CDU, das ranghöchste Parteigremium zwischen den Parteitagen, am vorletzten Donnerstag.

Immer, wenn Kohl in seiner etwa einstündigen Rede vor dem Bundesausschuß seiner Partei zur Unterstützung von Strauß aufrief und seine Leute beschwor, nicht nur von „Solidarität zu reden“, sondern auch „Solidarität zu leben“, brandete stürmischer Beifall aus den Reihen der 140 Delegierten auf.

Schon vorher hatte das

CDU-Präsidium auf Vorschlag von Kohl die Parteiführung an zwei Kommissionen abgetreten, die politisch von der kleineren CSU beherrscht werden.

Da wurde eine Sechserkommission gebildet, die für die Planung und Durchführung des Wahlkampfes verantwortlich ist. Darin vertreten sind die beiden Parteichefs Strauß und Kohl, die beiden General-

sekretäre Geißler und Stoiber und CSU-Landesgruppenchef Zimmermann sowie der bis jetzt im Hintergrund gebliebene Ministerpräsident Stoltenberg.

Für die Vorbereitung des Wahlprogramms wurde eine Viererkommission gebildet, in der die beiden Generalsekretäre, Zimmermann und Albrecht vertreten sein sollen.

Da die beiden „Nordlichter“ Stoltenberg und Albrecht bislang als Kritiker des Strauß-Kurses gewertet wurden, kann man ihre Mitarbeit in den Kommissionen nur als weiteren Erfolg des CSU-Chefs deuten, den in der CDU noch vorhandenen Widerstand gegen seine Kandidatur restlos niederzuwalzen und die beiden Unionsparteien unter seiner alleinigen Führung gleichzuschalten.

GHH: Zum Jahresende 1 000 Beschäftigte weniger?

Atomindustrie droht mit Massenentlassungen

KPD/ML fordert Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis

BONN. — Letzte Woche Montag fanden sich führende Vertreter der westdeutschen Atomindustrie in der Bundeshauptstadt ein, um die wirtschaftliche Situation der von ihnen vertretenen Branche aus ihrer Sicht zu schildern. Auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Pressekonferenz brachten sie zum Ausdruck, daß sie 130 000 bis 150 000 Arbeitsplätze vernichten würden, wenn sie nicht bald neue AKW-Aufträge ordern könnten.

In Bonn zusammengekommen hatten sich Wolfram Thiele, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte-Sterkrade AG (GHH), Klaus Barthelt, Vorstandsvorsitzender der Kraftwerkunion AG (KWU), Franz Josef Spalthoff, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke Westfalen (VEW).

Rechnet man die Stammkapitalien dieser Industriegiganten zusammen, so repräsentieren die vier Spitzenmanager eine Finanzmacht von annähernd 2,7 Milliarden Mark, was aber ihren tatsächlichen Einfluß nur unzureichend charakterisiert, bedenkt man, daß beispielsweise hinter KWU das mächtige Siemens-Imperium und hinter GHH der Haniel-Konzern stehen.

Klipp und klar stellten sie die westdeutsche Öffentlichkeit vor die erpresserische Alternative, entweder werde in möglichst kurzer Zeit (bis zum Jahresende) der Neubau von Atomkraftwerken genehmigt, oder man müsse schwerwiegende Folgen für die Beschäftigten der Branche befürchten. Zur Jahreswende 1979/80 drohe bei der Gutehoffnungshütte in Oberhausen-Sterkrade die Entlassung von 1000 Beschäftigten, ließ Wolfram Thiele verlauten, es sei denn, es geschehe noch ein Wunder. Insgesamt müsse man mit 130 000 bis 150 000 Entlassungen rechnen.

Und wieder wurde mit den schon sattsam bekannten Dro-

hungen über eine bevorstehende Energieversorgungslücke operiert, wenn man sich nicht schleunigst für einen massiven Ausbau der Kernenergie starkmachen würde.

Tatsache ist, daß die in der Bundesrepublik vorhandenen Kohlevorräte unseren Energiebedarf für die nächsten Jahrhunderte voll befriedigen könnten. Das ist jedoch für die im Energiegeschäft engagierten Monopole unerheblich, winken doch im AKW-Bereich die höheren Profite. Sie denken nicht daran, ihre geballte Wirtschaftskraft in die Erschließung der bekannten Kohlevorräte zu investieren, noch haben sie die Absicht, das von ihnen kommandierte Heer von Experten in die Erforschung neuer Verfahren zur Energiegewinnung einzuspannen. Lieber werfen sie 150 000 Beschäftigte auf die Straße.

Die KPD/ML fordert in ihrer ZK-Erklärung zur Energiepolitik:

- Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke!
- Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energie-Multis!
- Wirksame Maßnahmen zur Erschließung anderer umweltfreundlicher und risikofreier Energiequellen!

Die Durchführung dieses Energieprogramms würde nicht nur die angekündigten Massenentlassungen verhindern, es würden zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Antisemitische Offiziere wieder im Dienst

MÜNCHEN. — Acht von neun Bundeswehroffizieren, die wegen ihrer Beteiligung an antisemitischer Hetze vorübergehend suspendiert worden waren, sind inzwischen wieder im Dienst.

Sie hatten im Februar 1977 an der Bundeswehrhochschule in München eine symbolische Judenverbrennung veranstaltet und Nazilieder gesungen.

Das Münchner Verwaltungsgericht, bei dem die Offiziere gegen die Suspendierung geklagt hatten, hat mit Beschluß vom 14. August die Entlassungen für ungültig erklärt. Mit dieser Entscheidung hat das Gericht antisemitische Hetze in der Bundeswehr zum einfachen Kavaliärsdelikt erklärt.

Verbot von Asbest verlangt

GENÈVE. — Allein in den USA sterben jedes Jahr zwischen 60 000 und 70 000 Arbeiter an durch Asbest verursachten Krebs. Darauf wies der Internationale Metallarbeiterverband letzte Woche in Genf hin.

In der Bundesrepublik wird die Zahl der Toten auf 4 000 bis 10 000 geschätzt. Vor allem in der Bauindustrie, aber auch in vielen anderen Branchen wie Metall oder Chemie wird mit dem hochgefährlichen Stoff gearbeitet, obwohl es dafür ungefährliche Ersatzstoffe gibt, die aber von den Unternehmern aus Kostengründen abgelehnt werden. Der Internationale Metallarbeiterverband forderte ein vollständiges Verbot des Rohstoffes Asbest.

Nachtragshaushalt der Regierung

Noch mehr Geld für die Monopole

BONN. — Anfang September verabschiedete die Bundesregierung ihren zweiten Nachtragshaushalt für 1979 über 1,070 Milliarden Mark. Trotz des großen Getöses um den Heizkostenzuschuß ist dies nur ein sehr kleiner Einzelposten. Die größten Summen gehen einmal mehr an die Monopole.

So wird zum einen die VEBA aus Steuergeldern mit dem nötigen Kapital versehen, um das „Abenteuer USA“, wie es selbst bürgerliche Wirtschaftsfachleute nennen, zu finanzieren. Zum Kauf von Ölrechten in USA braucht die VEBA AG eine kräftige Kapitalerhöhung: 320 Millionen Mark zahlt die Regierung.

Der größte Posten ist die Türkeihilfe der westeuropäischen Staaten und der USA. 380 Millionen Mark sollen dafür an Steuern aufgebracht werden. Gewiß nicht zum Nutzen der türkischen Bevölkerung. Denn der Türkei wurden für diese Kredite brutale Auflagen gemacht: Rationalisierung der Betriebe, Erhöhung der Steuern, Begünstigung ausländischer Konzerne, kurz: eine Investition für den zukünftigen Profit deutscher Monopole aus der Türkei, vorfinanziert von den Werktätigen mit ihren Steuergeldern.

Der wahrhaft minimale Heizkostenzuschuß, der insgesamt nur 82 Millionen Mark dieses Nachtragshaushalts ausmacht, 7 Prozent in anderen Zahlen, spielt so gesehen nicht mehr als die Rolle eines etwas frühen Wahlbonbons, ver-

glichen mit den tatsächlichen Kostensteigerungen für den normalen Verbraucher, die bis zu 1 000 Mark betragen; 100 davon sollen einige Haushalte zurückbekommen.

Da die Steuerlast und der Schuldenberg bereits so groß sind, daß die Regierung bei weiteren Steuern oder neuen Schulden eine Welle der öffentlichen Empörung befürchten mußte, sind sie zur Bezahlung des Nachtrags einen anderen Weg gegangen: Sie haben bereits kassierte Steuern umverteilt.

Bezeichnenderweise wurde ausgerechnet der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit beschnitten: und das gleich um 1,5 Milliarden Mark. Beim nächsten Ansteigen der Arbeitslosenzahlen wird es dann wieder heißen, es sei zu wenig Geld da, es müßten Ausgaben für die Arbeitslosen gekürzt werden.

Hinter dem Propagandagetöse des Heizkostenzuschusses erweist sich also dieser Beschluß der Bundesregierung als wahrer Nachtrag, besser, als eine Art Nachschlag für die Monopole: den Werktätigen wird genommen, den Reichen wird gegeben.

Aus dem Inhalt

Treffen Vetter-Strauß beschlossene Sache	4	Zur Säuglingssterblichkeit ..	8
Unternehmervverbände zu Strauß-Plänen	4	Schikane gegen Winzer	8
90 Jahre Bergarbeitergewerkschaft	5	Oberhausen: Antifaschisten verurteilt	8
Stahlprogramm der KPD/ML für das Ruhrgebiet	6	SVR Albanien: Arbeiter an der Uni	9
DGB-Führer arbeiten mit Verfassungsschutz zusammen	7	Konferenz der Blockfreien — eine Farce	10
Gorleben: Grenzschutz terrorisiert Landbevölkerung.	7	Rotterdam: Streik der Hafenarbeiter geht weiter	10
Kühnen-Prozeß: Faschistische Propaganda geduldet.	7	Schmidt bei Kadar	10
		Interview mit dem 1. Sekretär der KP Brasiliens über die heutige Lage	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Stand der „Initiative Keine Jugendpolizei in NRW“

15. September: landesweite Demonstration in Essen

Weg mit der Jugendpolizei!

Die Rote Garde unterstützt den Kampf nach Kräften

Freitagabend. Adelheid N. macht sich auf die Socken. Ausgerüstet mit Erkennungsmarke, Walkie-Talkie (dezent im Disco-Täschchen), neben Lidschatten und Lippenstift den Ballermann, Kuli, Notizblock, bißchen Kleingeld, geschminkt und gut in Schale. Halt! Die Personalbögen für die Zentrale Jugendschutzdatei nicht vergessen! Vielleicht ergibt sich ja heute was ... bestimmt sogar. Bis jetzt ist Adelheid noch nie leer ausgegangen...

Mit diesen Worten beginnt ein mit „Skandal“ überschriebenes Flugblatt des Landesbezirksverbandes NRW-Ruhrgebiet der Roten Garde. Und was sich da so schmissig runter liest, ist alles andere als ein Spaß. Adelheid N. ist Jugendpolizistin, die zum Schnüffeln und Spitzeln auf Streife geht, an die einschlägigen Plätze wie Disco, Jugendheim oder Motorradclub. Wer ihr unangenehm auffällt, wer im Verdacht steht, seine Mofa zu frisieren oder wer sich einfach seine Wut über den ganzen Meister, die Pauker, die Verkehrskontrolle vom Leib redet, der wandert mit Sicherheit in die schon erwähnte Jugendschutzdatei. Der Vater der ganzen Geschichte ist Landesinnenminister Hirsch. In einem Runderlaß vom Februar 1978 hat er die Dienststellen seiner Polizei angewiesen.

• „... die Erscheinungsformen der Jugendkriminalität zu beobachten und Erkenntnisse

auszuwerten.“

• „...möglichst umfassende Unterlagen über die Orte anzuheften, an denen Kindern und Jugendlichen besondere Gefahren drohen und die daher überwacht werden müssen.“

• „Vorgänge, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, (...) sind vornehmlich von hierfür ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten (Jugendschutzbeamten) zu bearbeiten.“

• Außerdem wird angeordnet, die erwähnte zentrale Jugendschutzdatei einzurichten.

Ergänzt werden diese jugendfeindlichen Pläne durch einen weiteren, gemeinsamen Runderlaß von mehreren Landesministerien, der darüber hinaus Polizeirazzien in Jugendhäusern vorsieht und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeitern für notwendig hält.

Hamburger Studie enthüllt:

Zahlreiche Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz

Die Behörden drücken beide Augen zu

Aus einer Mitte August bekanntgewordenen Studie der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde geht hervor, daß mindestens 40 Prozent von 1271 untersuchten Betrieben gegen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes verstoßen.

So verstießen zum Beispiel 63 Prozent der untersuchten Bauinstallationsbetriebe gegen die Arbeitszeitregelung. Paragraph 8 des Jugendarbeitsschutzgesetzes schreibt vor, daß Jugendliche nicht mehr als acht Stunden täglich und nicht mehr als vierzig Stunden wöchentlich beschäftigt werden dürfen, wobei Berufsschule und wöchentliche Ausbildungsveranstaltungen mit zur Arbeitszeit zu rechnen sind (Paragraph 9).

Im Paragraph 11 ist festgelegt, daß Jugendliche, die mehr als sechs Stunden am Tag beschäftigt werden, Anspruch auf eine Ruhepause von mindestens 60 Minuten haben. Wie

die Hamburger Untersuchung ergab, verkürzen verschiedene Unternehmer die Ruhepause um 15 Minuten, manche sogar um eine halbe Stunde.

Ferner wurden Verstöße gegen die in Paragraph 16 vorgeschriebene Samstagsruhe registriert.

Diese Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz wiegen um so schwerer, als auch schon bei korrekter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch zahlreiche Ausnahmeregelungen von wirklichem Jugendschutz keine Rede sein kann.

Im übrigen ist die Hamburger Statistik, mag sie auch

Der Widerstand gegen diese unverschämten Maßnahmen ließ nicht auf sich warten. In vielen Städten Nordrhein-Westfalens bildeten sich Initiativen gegen die Jugendpolizei. Falken, DGB-Jugend, kirchliche Jugendverbände und teilweise sogar die städtischen Jugendämter protestierten gegen die offene Bespitzelung der Jugend.

Die Initiativen schlossen sich im März zur Initiative Keine Jugendpolizei in NRW zusammen. Sozialarbeiter, Jugendverbandsfunktionäre, Gewerkschafter und viele Jugendliche organisierten den landesweiten Kampf, um die Pläne der Minister zu durchkreuzen. Vorläufiger Höhepunkt ist die landesweite Demonstration gegen die Jugendpolizei in Essen.

Falken-Vorstand stieg aus

Auch die Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken (Landesverband NRW) unterstützten anfangs diesen Kampf und beteiligten sich an der Landesinitiative. Im März brachten sie eine sehr gute Broschüre zum Thema heraus (Jugendschutztruppen in NRW? — Die Jugendpolizei muß verhindert

faktisch richtig sein, irreführend. In Großbetrieben kommen offene Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz relativ selten vor, da hier für gewöhnlich gewerkschaftliche Kontrolle einen gewissen Schutz ausübt. In kleinen Handwerksbetrieben, im Gaststättengewerbe usw., wo Gewerkschaftsorgane die Ausnahme sind, sind Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen nahezu die Regel.

Bezeichnend ist es weiter, daß Verstöße gegen einzelne Bestimmungen nicht etwa als Strafsachen wie Diebstahl oder andere Verbrechen behandelt werden, sie werden vielmehr als Ordnungswidrigkeit wie falsches Parken eingestuft. Entsprechend „abschreckend“ fallen dann auch die verordneten Bußgelder aus und man kann froh sein, wenn Verstöße über-

Veranstaltung der Roten Garde Öffentliche Verhandlung gegen die Jugendpolizei

Zeugen: Jugendliche, Sozialarbeiter

Angeklagter: Burkhard Hirsch, Innenminister von NRW

Nach der Urteilsverkündung: Musik, Kabarett, Sketche, Theater mit den „Gassenhauern“, der „Pfeffermühle“ und vielen anderen.

Samstag, 15.9.79, 14.00 Uhr (Einlaß 12.30 Uhr) Aula der Maschinenbauschule Essen, Schützenbahn 70

Von den bürgerlichen Medien verschwiegen Ölpreislawine beschleunigt die Ruinierung der Landbevölkerung

Bei Cuxhaven streikten die Küstenfischer

In verschiedenen Artikeln des Roten Morgen sind wir auf die Hintergründe der sogenannten Ölkrise eingegangen und haben uns mit ihrer Auswirkung auf die Arbeiterhaushalte beschäftigt. Doch nicht nur das Proletariat ist von der Preistreibe der Ölmultis hart betroffen, auch den werktätigen Bauern, Gärtnern und Küstenfischern wird übel mitgespielt.

Zunächst sind es auch hier die erheblichen Mehrbelastungen für die Ölheizungen, die ein großes Loch in den Etat der werktätigen Bauern reißen. Konnte ein Bauer seinen 4000-Liter-Tank im letzten Jahr noch für knappe 900 Mark füllen lassen, so muß er in diesem Jahr für dieselbe Menge über 2000 Mark hinblättern.

Doch die gestiegenen Heizölkosten schlagen nicht nur bei der Beheizung der Wohnräume zu Buch. Ein großer Kostenfaktor ist auch die Getreidetrocknung geworden, besonders nach der nassen Witterung in diesem Jahr. Die mit Heizöl betriebenen Trocknungsanlagen verursachen eine Kostensteigerung von durchschnittlich einer Mark pro Tonne Getreide.

Auch die Erhöhung der Benzin- und Dieseldieselkraftstoffpreise stellt die kleinen und mittleren Höfe vor kaum noch lösbare finanzielle Probleme. Immerhin werden fast alle landwirtschaftlichen Maschinen mit Dieselloil gefahren. Gehören ohnehin schon die meisten Maschinen faktisch den Banken, so geraten die kleinen und mittleren Bauern durch die starke Steigerung der Dieseldieselkraftstoffpreise noch tiefer in die Zinsknechtschaft hinein. Konnten die Bauern das Dieselloil im Frühjahr 1978 nach Abzug der Subventionen noch für 43 Pfennig bekommen, so waren im April dieses Jahres schon 52 Pfennig zu zahlen; das entspricht einer Steigerung von über 20 Prozent.

Küstenfischer kämpfen um ihre Existenz

Ähnlich katastrophal wirkt sich die Ölpreislawine auf die Küstenfischerei aus. Sind die Küstenfischer ohnehin auf Gedeih und Verderb dem räuberischen Zwischenhandel ausgeliefert, der ihren Fang spottbillig erwirbt und mit hoher Gewinnspanne weiterverkauft, so wird ihnen durch die rapide Verteuerung der Kraftstoffpreise regelrecht die Existenzgrundlage entzogen. Während die Großhändler für das Pfund Krabben im letzten Jahr noch 2,40 Mark bezahlten, zahlen sie heute nur noch 1,30 Mark. Gleichzeitig haben sich die Preise für den Dieseldieselkraftstoff fast verdoppelt. Und immerhin gehen pro Fangfahrt 250 bis 300 Liter Kraftstoff drauf.

Um gegen diese Ausplünderung zu kämpfen, sind die Küstenfischer von Land Wursten (Küstenstreifen zwischen Cuxhaven und Bremerhaven) Anfang August für vier Tage in den Streik getreten. Vier Tage lang blieben sie im Hafen liegen, weil der Fang angesichts der gestiegenen Kosten nichts mehr einbrachte. Am 7. August lenkten die Großhändler ein und zahlten nun 1,55 Mark für das Pfund Krabben. Trotz dieses Erfolges sind sich die Küstenfischer im klaren darüber, daß damit ihr Ruinierungsprozeß noch lange nicht aufgehalten ist.

Gärtner gehen bankrott

Am schlimmsten aber trifft die Ölpreislawine die kleinen Gärtnereien, denn ihre Gewächshäuser müssen mit Öl- oder Gasheizungen auf einer konstanten Temperatur gehalten werden. Manche Gärtnereien müssen neuerdings allein an Heizkosten über 10000 Mark im Jahr aufbringen. Viele Gärtner sahen sich aus diesem Grunde gezwungen, den Anbau unter Glas einzustellen und die Nachfrage ihrer Kunden nach Schnittblumen durch holländische Importeure zu befriedigen. Die kleinen Gärtnereien, die vielfach als Familienbetriebe geführt werden, haben dadurch einen hohen Verdienstaustausch und da kaum einer über ein starkes Finanzpolster verfügt, sind sie bei anhaltender Preisentwicklung zum Aufgeben verurteilt.

Schleichende Enteignung

Die Landbevölkerung hat aber nicht nur unter den direkten Ölpreiserhöhungen zu leiden, auch die Chemiemonopole, die ihre Produkte zumeist auf Ölbasis herstellen, nutzen die Gunst der Stunde und haben die Preise ihrer Erzeugnisse drastisch erhöht. Allein die Preise für Handelsdünger haben sich im letzten Jahr zwischen sechs und zwölf Prozent erhöht.

Die Ölpreislawine beschleunigt die Ruinierung der Landbevölkerung und vergrößert weiter die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Ein 25 Hektar großer Hof hat durch die Preissteigerungen im Mineralölsektor Mehrkosten von 1000 Mark im Jahr zu verzeichnen. Viele Höfe werden große Schwierigkeiten haben, die Mehrbelastung finanziell zu verkraften, haben sie doch laut Agrarbericht der Bundesregierung ohnehin ein nur sehr niedriges Jahreseinkommen von durchschnittlich 8000 Mark.

Wieder müssen mehr Bauern in die Fabrik gehen, um ihre Familie ernähren zu können (wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz finden); wieder wächst die Arbeitsbelastung für die ganze Familie; vom Achtstundentag können die meisten nur träumen. Wieder wächst die Zahl derer, die ihren Hof aufgeben müssen. Der Prozeß der schleichenden Enteignung beschleunigt sich zusehends.

Angesichts der hoffnungslosen Lage der kleinen und mittleren Bauern und der übrigen Landbevölkerung fordert die KPD/ML in ihrem Aktionsprogramm:

• Wirksame Förderung der ländlichen Gebiete zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung mit der Stadt!
• Schluß mit der Ruinierung der werktätigen Bauernschaft! Brechung der Zinsknechtschaft! Beschlagnahme des räuberischen Zwischenhandels, besonders der großen Konzerne!

Arbeitsgericht Hagen fällt reaktionäres Urteil

Solidaritätsstreiks für illegal erklärt

Aufruf zur Solidarität mit Ausgesperrten rechtswidrig?

Hagen. — Nach einem Urteil des Arbeitsgerichts Hagen waren die Arbeitsniederlegungen in verschiedenen metallverarbeitenden Betrieben, die aus Solidarität mit den ausgesperrten Stahlarbeitern durchgeführt wurden, rechtswidrig.

Zu den Arbeitsniederlegungen hatte die IG Metall indirekt aufgerufen. Sie hatte die Belegschaft in der Metallverarbeitenden Industrie in 31 Städten aufgefordert, sich an Solidaritätskundgebungen mit den ausgesperrten Stahlwerkern zu beteiligen. An den Kundgebungen hatten sich insgesamt 145 000 Menschen beteiligt. Im Ruhrgebiet war es in diesem Zusammenhang in verschiedenen Metallbetrieben zu Arbeitsniederlegungen gekommen.

Die Kapitalisten der nordrhein-westfälischen Metallindustrie haben nach dem Ende des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie beim Arbeitsgericht Hagen gegen die „Demonstrationsstreiks“ Klage eingereicht, der jetzt stattgegeben wurde. Das Arbeitsgericht Hagen war das einzige Arbeitsgericht gewesen, das im Dezember '78 einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Solidaritätsaufruf der IG Metall stattge-

ben hatte.

Das jetzt gefällte Urteil besagt, daß die IG Metall nicht berechtigt gewesen sei, die Arbeiter in der Metallverarbeitenden Industrie dazu aufzurufen, sich während der Arbeitszeit an den Solidaritätskundgebungen zu beteiligen. Nach Darstellung der Unternehmenseite hat das Gericht der IG Metall verboten, in Zukunft zu ähnlichen „Demonstrationsstreiks“ aufzurufen.

Das ist ein Urteil, mit dem das Streikrecht der Arbeiterklasse noch mehr eingeschränkt werden soll, all dies schon der Fall ist. Auf der einen Seite wird den Stahlbaronen das Recht zugestanden, Zehntausende von Stahlwerkern mit der Aussperrung zu erpressen, die IG Metall mit diesem Machtmittel insgesamt anzugreifen, um im Interesse des gesamten Monopolkapitals die Forderung nach der 35-Stunden-Woche vom Tisch zu fegen. Auf

der anderen Seite aber wird den Arbeitern verboten, der wirtschaftlichen Übermacht der Unternehmer ihre einzige Gegenmacht, ihre wirkungsvolle Solidarität, entgegenzusetzen.

Diese Urteil ist einer jener zahlreichen Vorstöße, mit denen die Reaktion in der Bundesrepublik der Arbeiterklasse ihre wenigen und schwer erkämpften demokratischen Rechte rauben will. Da reicht es nicht aus, Berufung gegen das Urteil einzulegen, wie es der IG-Metall-Apparat getan hat. Es muß mehr passieren. Der Kampf gegen all diese Angriffe auf die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter muß offensiv aufgenommen werden.

Es muß eine breite Bewegung organisiert werden für das Verbot der Aussperrung, gegen jede Illegalisierung von Streiks, für die Beseitigung des Verbots von politischen Streiks, für ein uneingeschränktes Streikrecht!



Auch bei Opel in Bochum kam es während des Stahlarbeiterstreiks zu Solidaritätsaktionen und zu einem Solidaritätsstreik — das wird jetzt für illegal erklärt.

Proteste Zehntausender Gewerkschafter

Treffen Vetter-Strauß beschlossene Sache

Termin soll 9. Oktober sein

Düsseldorf. — Die DGB-Führung hat bekanntgegeben, daß DGB-Vorsitzender Vetter sich am 9. Oktober mit dem Kanzlerkandidaten Strauß treffen will. Damit setzt sich die DGB-Spitze über den erklärten Willen Zehntausender aktiver Gewerkschafter hinweg.

„Kein Treffen Vetter-Strauß!“ So lautete die Aufschrift auf einem großen Transparent, das während der Veranstaltung der DGB-Jugend zum Antikriegstag in der Dortmunder Westfalenhalle hing. Und als Vetter seine versöhnliche Haltung gegenüber Strauß verteidigte, als er sich dagegen verwahrte, daß Strauß als Faschist betrachtet wird, da erntete er einen Sturm der Empörung von den 16 000 versammelten Kolleginnen und Kollegen.

Strauß ist, wie jeder weiß, ein geschworener Feind der Gewerkschaften. Sein Programm besteht darin, die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen, den Kampf der Arbeiterklasse mit

allen Mitteln bis hin zu offenem Terror zu unterdrücken, um so die Profit- und Machtinteressen der aggressivsten Teile der Monopolbourgeoisie durch rigorosen Abbau der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter durchzusetzen.

Das Programm des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß wird beleuchtet durch seine Freundschaft zu faschistischen Henkern wie dem chilenischen Diktator Pinochet, oder Türkes, dem Hauptling der türkischen Terrororganisation „Graue Wölfe“.

Ein Treffen zwischen Vetter und Strauß kann einzig und allein den Zweck haben, über

die Gefährlichkeit dieses skandalumwitterten, machtbessenen Politikers hinwegzutäuschen, ihn politisch salonfähig zu machen und ihn dadurch in seinem Ziel zu fördern, an die Hebel der Regierungsmacht in Bonn heranzukommen.

Deshalb heißt es jetzt, den Protest gegen das geplante Treffen Vetter-Strauß zu verstärken und auszuweiten. Alle aktiven Gewerkschafter, alle klassenbewußten Arbeiter sollten dazu ihren Beitrag leisten. Sie sollten jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um zu fordern: Kein Treffen zwischen Vetter und Strauß! Noch ist es Zeit, die DGB-Führung zu einem Rückzieher zu zwingen.

IGM-Bonzen bei Ford bejubeln Milliardenprofit

Unternehmerpropaganda statt Nachschlagsforderung

Skandalöses Vorgehen der Vertrauenskörperleitung

Köln. — Bei Ford in Köln wurde kürzlich ein Flugblatt verbreitet, in dem der hohe Profit bejubelt wird, der aus der Belegschaft herausgepreßt wurde. Als Herausgeber dieses Machwerks ist jedoch nicht etwa der Werksvorstand angegeben, sondern — es ist kaum zu glauben — der Vertrauenskörper der IG Metall.



Voller Begeisterung konstatieren die Schreiber dieses Flugblattes, daß die Ford-Werke AG in Köln im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von einer Milliarde Mark scheffeln konnten. Das ist ein Rekordergebnis für die Ford-Kapitalisten. „Dieser Erfolg“ — so das Flugblatt — „ist dank der hervorragenden Leistung der Belegschaft“ zustande gekommen.

Daß der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn von 550 Millionen Mark bis auf den letzten Pfennig auf das Konto der amerikanischen Konzernmutter in Detroit überwiesen wird, finden die Flugblattschreiber völlig in Ordnung. Sie betonen sogar, daß sich dafür auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat einstimmig ausgesprochen haben.

„Vergessen wir nicht!“ — so mahnt das Flugblatt demagogisch — „Als Ford in den USA noch kräftige Gewinne erwirtschaftete, wurden mit diesen Erträgen die deutschen Ford-Werke auf- und ausgebaut und Arbeitsplätze geschaffen. Heute ist es umgekehrt!“

Man glaubt, die Propagandazeitung des Werksvorstands vor sich zu haben, wenn man in dem Blättchen weiter liest: „Wir können stolz darauf sein, daß wir mit unseren Leistungen

zur Sicherung von Arbeitsplätzen unserer amerikanischen Kollegen, zur Entwicklung neuer Produkte und zu Investitionen in den bestehenden Ford-Werken in der Bundesrepublik beitragen.“

Als ob es nicht gerade die kapitalistische Jagd nach Maximalprofit ist, die zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zu Wirtschaftskrisen und zur Massenarbeitslosigkeit führt! Was den Fordarbeitern da erzählt wird, ist doch das abgestandene Unternehmerräuschen, daß Kapitalisten und Arbeiter im gleichen Boot saßen, daß sie die gleichen Interessen hätten. Es ist verlogene Ausbeuterpropaganda wie sie im Buche steht!

Während die Vertrauenskörper der IG Metall in zahlreichen Großbetrieben, nicht zuletzt in großen Automobilwerken bei Daimler-Benz, Opel und VW, Nachschlagsforderungen aufstellen, sollen die Fordarbeiter stolz darauf sein, daß aus ihren Knochen Rekordprofite gepreßt werden!

Dieses Flugblatt ist eine Provokation! Es ist eine Verhöhnung der Belegschaft und eine Beleidigung für jeden ehrlichen Vertrauensmann.

Offensichtlich wurde dieses Machwerk hinter dem Rücken der Vertrauensleute von Vertretern der Vertrauenskörperleitung ausgebrütet und verteilt. Jeder ehrliche Gewerkschafter bei Ford sollte sich davon distanzieren und fordern, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Betriebszelle unserer Partei hat am Betrieb ein Extrablatt ihrer Betriebszeitung *Voran* verbreitet, in dem der

Inhalt dieses Blättchens und das Vorgehen der Vertrauenskörperleitung scharf angeprangert werden.

Unternehmervverbände zu Strauß-Plänen

Kapitalisten als „Hüter der Einheitsgewerkschaft“?

Die Kapitalistenverbände als „Hüter der Einheitsgewerkschaft“? Das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ hat in einer Broschüre zu den gewerkschaftsfeindlichen Plänen der CSU Stellung genommen. Titel: „Einheitsgewerkschaft in Gefahr“

In der Broschüre werden die von der CSU in Erwägung gezogenen Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft, etwa die Gründung einer Konkurrenzgewerkschaft zum DGB oder die Unterwanderung und Spaltung des DGB als unrealistisch bezeichnet. Andererseits wird aber die „einseitige Bindung an die SPD“ beklagt. Der Spielraum, welcher den christlichen bzw. CDU/CSU-orientierten Kräften im DGB zugestanden wird, sei zu gering.

Im Gegensatz zu dieser einseitigen Bindung an die SPD sollen der DGB und seine Einzelgewerkschaften — so fordert das Kapitalisteninstitut — „die einheitsgewerkschaftlichen Grundsätze besser befolgen, um so der Kritik an ihrem Verhalten den Boden zu entziehen“. Dies gelte um so mehr, als sich die Einheitsgewerkschaft in der Vergangenheit nicht nur für ihre Mitglieder, „sondern auch für die Gesellschaft insgesamt“ Verdienste erworben haben.

Zunächst einmal sei festgestellt: Es ist lächerlich, wenn die Kapitalistenverbände den Gewerkschaften erzählen wollen, was sie richtig oder falsch machen, und was sie zu tun und zu lassen haben. Solche Ratschläge benötigt der DGB wahrlich nicht. Eines allerdings macht die Stellungnahme des Instituts deutlich: Unter dem Begriff „Einheitsgewerkschaft“ können sich völlig verschiedene, ja einander genau entgegengesetzte Vorstellungen verbergen.

Eine „Einheitsgewerkschaft“ in dem Sinn, wie die Kapitalistenverbände sie propagieren, hat nichts, aber auch gar nichts mit der Einheitsgewerkschaft zu tun, wie sie von Millionen DGB-Mitgliedern verstanden wird. Für die Kapitalistenverbände steht die Frage so: Wenn schon Gewerkschaften, dann möglichst zahllose, reaktionäre, von denen sie nichts zu fürchten haben.

Für die Arbeiter dagegen geht es um ihre einheitliche

Organisierung, unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, in einer mächtigen Kampforganisation gegen das Kapital. Einigkeit macht stark! Stark für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Der proletarische Begriff von Einheit geht vom Klassenkampf aus, nicht aber von der Klassenzusammenarbeit. Klassenzusammenarbeit bedeutet nichts anderes, als Unterwerfung der Arbeiter unter die Profitinteressen der Kapitalisten.

Der proletarische Gedanke der Einheitsgewerkschaft hat mit der Wahrung irgend eines Parteienproporzes im Gewerkschaftsapparat nicht das geringste zu tun. Die Verfilzung des DGB-Apparates mit dem Parteiapparat der SPD untergräbt tatsächlich die Einheitsgewerkschaft. Aber keineswegs deshalb, weil die SPD-Mitglieder gegenüber den Mitgliedern anderer bürgerlicher Parteien, etwa der CDU/CSU, „überrepräsentiert“ wären. Der

Hase liegt ganz woanders im Pfeffer.

Die Verfilzung zwischen Gewerkschaftsapparat und SPD bedeutet gleichzeitig Verfilzung mit dem kapitalistischen Staat, mit dem Monopolkapital. Sie ist der Boden für die reaktionäre Politik der „Sozialpartnerschaft“, für den fortgesetzten Verrat der DGB-Bonzen an den Kämpfen und Forderungen der Arbeiter. Sie ist unvereinbar mit dem proletarischen Klassencharakter der Einheitsgewerkschaft.

Durch den DGB geht ein Riß, der sich zunehmend verstärkt. Er verläuft zwischen den Massen der organisierten Arbeiter und kleinen Angestellten einerseits und den verbürgerlichten, arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbonzen andererseits. Dieser Riß ist ein Ausdruck dessen, daß die Interessen der Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus, mit den Profitinteressen der Unternehmer unvereinbar sind.

Dieser Riß kann nur aufgehoben werden, indem die Mitglieder der reformistischen und reaktionären Bonzen aus den Gewerkschaften verjagen und die Verfilzung des Gewerkschaftsapparates mit dem Kapital und seinen Institutionen beseitigen, das heißt auf dem Boden einer revolutionären Gewerkschaftspolitik.

Am vergangenen Wochenende feierte die IG Bergbau und Energie auf dem Gelände der Westfalenhalle in Dortmund die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft vor 90 Jahren in Dortmund-Dorstfeld. Aus allen Bergbaubereichen der Bundesrepublik waren die Kollegen mit ihren Familien angereist. Die Zahl der Teilnehmer wird auf rund 200 000 geschätzt. Die Veranstaltung hatte Volksfestcharakter. Gewaltige Menschenmassen drängten sich zwischen Kirmesbuden auf dem Festgelände. Artisten, Musikkapellen, Liedermacher, Folkloregruppen, Clowns usw. trugen zur

Unterhaltung bei. Die politische Diskussion allerdings, die Auseinandersetzung über die brennenden Fragen des Kampfes für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute, über die tiefen innergewerkschaftlichen Konflikte, wurde von der reaktionären Gewerkschaftsführung so weit wie möglich verhindert. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten (RGO-Ruhrbergbau) verteilte ein Flugblatt, in dem diese Fragen vom Standpunkt der klassenbewußten Bergarbeiter aufs Tapet gebracht wurden. Im folgenden der Wortlaut des RGO-Flugblattes.

90 Jahre Bergarbeitergewerkschaft

Heute wollen wir mal so richtig feiern! Wir haben auch allen Grund dazu. Denn vor 90 Jahren wurde unsere Gewerkschaft gegründet. Der alte Verband entstand im Kampf gegen die Zechenbesitzer. Der große Bergarbeiterstreik von 1889 war der unmittelbare Auslöser für die Gründung unserer Gewerkschaft. Das war ein wichtiger Schritt, denn die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft war die Voraussetzung für den Kampf um die sozialen Verbesserungen der Kumpels und ihrer Familien. Und eins ist wohl klar: Ohne die Bergarbeitergewerkschaft würde es uns heute noch genauso dreckig gehen wie den Kumpels

damals!

Der alte Verband hat sich aber nicht nur für die Lohn- und Wohnverbesserung der Kumpels kompromißlos eingesetzt, sondern das alte Ziel der Arbeiterbewegung, den Sozialismus, auf seine Fahne geschrieben. Dies alles ist eine Tradition, auf die wir stolz sein können! Und jeder gute Gewerkschafter fühlt sich dieser Tradition auch heute noch verpflichtet. Wie gesagt: Wir haben allen Grund, die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft zu feiern!

Haben wir noch das Sagen?

Auf die ganze Sache fällt aber leider ein großer Wermutstropfen. Was haben die Herren Schmidt, Alker und Konsorten aus unserem alten Verband gemacht? Wie setzen sie die Tradition des alten Verbandes fort? Mit niedrigen Lohnabschlüssen, mit Kokerei- und Zechenschließungen, mit der zunehmenden Entmündigung der Gewerkschaftsmitglieder? Wir haben doch schon gar nichts mehr zu sagen. Oder bist Du etwa bei der letzten Tarifverhandlung zum Beispiel gefragt worden, ob Du einverstanden bist?

Was ist aus unserer Gewerkschaft geworden?

Wir wollen Dir die Festtagsstimmung nicht vermiesen. Aber hast Du nicht selber schon einmal gedacht, was das alles kostet, welche Arbeit dahinter steckt? Sicher, ein solches Jubiläum muß man sich was kosten lassen, gar keine Frage. Und die ganze Organisiererei ist nun mal notwendig — es soll ja alles klappen und schön werden. Aber hier wird vom Hauptvorstand großartig auf den Putz gehauen, eine Tradition beschworen, in der die Schmidt und Alker gar nicht

mehr stehen. Doch da, wo es notwendig ist, Geld zu „investieren“, nämlich bei Arbeitskämpfen usw., geschieht nichts.

Wofür sind wir denn in der Gewerkschaft? Doch weil wir als Arbeiter organisiert sein müssen, weil wir nur vereint etwas erreichen können. Und dafür zahlen wir unsere Gewerkschaftsbeiträge. Und dafür müssen sie auch hauptsächlich ausgegeben werden!

Der Unmut über den Ausgang der Tarifverhandlung '79 war doch diesmal wieder deutlich. Kaum war die Kündigung des alten Vertrages gemeldet, schlossen sich die „Tarifexperten“ unserer Gewerkschaft ein und wir erfuhren nichts mehr. Erst der Abschluß wurde uns dann bekanntgegeben. Mit innergewerkschaftlicher Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Ganz im Gegenteil. Das ist eine arrogante Diktatur der Gewerkschaftsführer über die Mitglieder.

Zechensterben

Oder bei den Kokerei- und Zechenschließungen. Wo waren da die Herren Schmidt und Alker? Haben sie gesagt: Kumpels, wir müssen gegen die Schließung kämpfen — unsere Arbeitsplätze müssen verteidigt werden? Nichts von alledem! Gemeinsam mit

den Unternehmern haben sie die Schließung durchgezogen und uns zum wiederholten Mal belogen, dies wäre nun wirklich die letzte Stilllegung. Aber Zeche um Zeche machte weiterhin dicht — Hunderttausende Kumpels verloren ihren Arbeitsplatz.

Gegen Streiks

Die letzten Streiks der Kumpels, 1969 und 1973, sind die etwa von der IGBE (mit unseren Beiträgen) unterstützt worden? Im Gegenteil: Als „wilde“ Streiks wurden sie von diesen Herren bezeichnet und dementsprechend bekämpft. In den letzten 30 Jahren sind wir in der Lohnskala immer tiefer gesunken. Heute stehen wir Bergleute an 13. Stelle der vergleichbaren Berufe. Mancher Angestellte der Ruhrkohle AG in der Verwaltung verdient mehr als sein Kollege unter Tage.

Werde Mitglied der RGO!

Nach dem Krieg waren wir das Rückgrat der Nation — heute sind wir der verlängerte Rücken.

Kumpels! Wenn wir heute den Geburtstag unseres Verbandes feiern, müssen wir aber auch die Kehrseite betrachten. Nicht wir haben das Sagen mehr, sondern einige Bonzen haben die Macht an sich gerissen. Von einer kämpferischen Gewerkschaft ist nichts mehr zu spüren. Aber deshalb austreten? Damit ändern wir nichts. Die Bonzen bleiben auf ihrem Posten und Du stehst alleine da. Aber was tun? Wir von der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten sagen ganz klar: Der Unwille, die Opposition der Kumpels darf nicht wie bisher vereinzelt auftreten. Das muß organisiert werden. Und zwar in der RGO! Das ist keine Spaltung, sondern gerade Einheit! Und Einheit, das hat gerade die Gründung des alten Verbandes gezeigt, Einheit der Kumpels ist die Voraussetzung, um etwas zu erreichen! Die da „Spalter“ rufen, sind nämlich die wahren Spalter. Sie spalten uns in 11 Lohngruppen (die sie ja mitzuverantworten haben), in über und unter Tage, in Angestellte und Arbeiter, in Invaliden und Aktive. Wir, die RGO, haben die Tradition des alten Verbandes wieder aufgegriffen, in unseren Reihen herrscht wirkliche Demokratie. Wir sind keine neue Gewerkschaft, sondern kämpfen organisiert innerhalb der bestehenden Gewerkschaften.

Zur Entwicklung der Bergarbeitergewerkschaft

Vom revolutionären Kampf zum reformistischen Verrat

In der letzten Ausgabe des Roten Morgen schilderten wir, wie vor 90 Jahren die Gewerkschaft der deutschen Bergarbeiter aus der machtvollen Streikbewegung von 150 000 Bergarbeitern heraus entstanden ist. Es waren Kämpfer der damals revolutionären, marxistischen SPD und andere revolutionäre Bergarbeiter, die am 18. August 1889 in Dorstfeld bei Dortmund den „Verband zur Wahrnehmung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen“ gründeten. Heute berufen sich die Führer der IG Bergbau und Energie, die reaktionären Bonzen Adolf Schmidt, Hans Alker und Kumpene, auf diese große Bergarbeitertradition. Gleichzeitig aber leugnen diese Herren, daß der „alte Verband“ von damals eine revolutionäre Gewerkschaft war, eine von Marxisten geführte Kampforganisation, die die Kumpels im unversöhnlichen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschloß und organisierte.

Der „alte Verband“ hatte dem kapitalistischen System einen unversöhnlichen Kampf angesagt. Er führte nicht nur einen wirtschaftlichen Kampf, Kampf, sondern auch einen politischen. Der Sturz des Kapitalismus, die sozialistische Revolution, das war die große Perspektive, unter der die damaligen Führer der Bergarbeitergewerkschaft die Kumpels im Kampf für ihre Tagesforderungen organisierten und zusammenschlossen.

Dementsprechend verfolgten sie im Lohnkampf, in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit den Zechenbaronen, nicht die Linie der faulen Kompromisse, der Anpassung an die Profitinteressen des Kapitals, wie es die DGB-Bonzen heute tun. Nein! Sie traten kompromißlos für die Forderungen und Interessen der Arbeiter ein.

So führte der „alte Verband“ in den Jahren nach seiner Gründung eine ganze Reihe von großen Streik-kämpfen. Als beispielsweise 1893 bei einem Streik von 25 000 Kumpels an der Saar 2 500 Streikende von den

Zechenkapitalisten gemaßregelt wurden, organisierte der Verband Solidaritätsstreiks im Ruhrgebiet, um dem brutalen Unternehmerterror die Solidarität der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Es ist kein Wunder, daß die Kapitalisten und ihr Staat damals die Führer der Bergarbeitergewerkschaft voller Haß verfolgten.

„Aufreizung zum Klassenhaß“

Die Karrieren der Adolf Schmidt, Ahrend, Leber, Loderer oder Vetter kennen wir. Sie sind selbst in die exklusiven Kreise der Geldsäcke, der Profithaie, der Spitzenmanager und bürgerlichen Parteibonzen aufgestiegen.

Ganz anders sah die „Karriere“ der Führer des „alten Verbandes“ in den Jahren nach seiner Gründung aus. Ihr Weg führte nicht etwa „nach oben“, an die Futterkrippen, die für die Lakaien der Bourgeoisie reserviert wurden. Er führte ins Gefängnis oder in die Emigration. Dutzende von Bergarbeiterfunktionären wurden in diesen Jahren zu jahre-

langen Freiheitsstrafen verurteilt und ins Gefängnis geworfen. Im Jahre 1893 war zeitweise der gesamte Vorstand des Verbandes eingekerkert, verurteilt wegen Paragraph 130: „Aufreizung zum Klassenhaß“.

Der Bergarbeiter August Siegel aus Dorstfeld, Mitbegründer des Verbandes, Sozialdemokrat, wurde von Bismarcks Polizei gehetzt und mußte nach England flüchten. Dort besorgte ihm Friedrich Engels eine Unterkunft. Später verschaffte Engels dem emigrierten Gewerkschaftsführer einen Arbeitsplatz auf einer schottischen Zeche.

„Lumpen und Verräter“

Am Beginn des neuen Jahrhunderts traten in der Führung der SPD und der Gewerkschaftsverbände zunehmend opportunistische Führer und Funktionäre auf. Auch in der bis dahin revolutionären Gewerkschaft der deutschen Bergarbeiter war das nicht anders. Einer dieser Reformisten war der Redakteur der

Zeitung des Bergarbeitervverbandes, Otto Hue. Er setzte sich für die sogenannte politische „Neutralität“ der Gewerkschaft ein und für ein beschränktes „Nurgewerkschaftertum“. Hinter solchen Forderungen verbarg sich nichts anderes als die Absicht, die Gewerkschaften aus von der revolutionären Arbeiterpartei geführten Kampforganisationen in Institutionen umzuwandeln, die mit dem Kapitalismus ihren Frieden gemacht haben.

Wie sah die Politik der reformistischen Führer in der Praxis aus? Das zeigte sich im deutschen Bergbau zum ersten Mal in voller Schärfe im Jahr 1905. Die Lage der Kumpels ist durch steigende Preise und gleichzeitige Lohnsenkungen durch die Zechenherren bestimmt. Da treten auf einer Zeche die Kumpels spontan in den Streik. Bald schließen sich die Kollegen anderer Zechen an. Obwohl sich innerhalb weniger Tage 50 000 Bergarbeiter dem Streik angeschlossen haben, ruft die Gewerkschaftsführung zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Das ist offener Verrat!

Aber der Streik weitet sich noch mehr aus. Endlich, am 16. Januar — inzwischen streiken bereits 90 000 Bergarbeiter — ruft auch die Gewerkschaft unter dem Druck der Ereignisse zum Streik auf. Nun umfaßt die Streikfront 200 000 Kumpels. Aber am 9. Januar fällt die Gewerkschaftsführung den Kollegen erneut in den Rücken. Auf einer gemeinsamen Konferenz der Führer aller im Bergbau existierenden Gewerkschaften (auch der christlichen usw.) wird der Abbruch des Kampfes beschlossen, obwohl die Zechenherren nicht bereit sind, Zugeständnisse zu machen.

Mit welcher Empörung die Kumpels auf diesen Beschluß reagierten, verdeutlicht ein Bericht des Vertreters der christlichen Gewerkschaft, Imbusch:

„Schon am Schluß der Tagung der Delegiertenversammlung hatte ein Trupp von außen hereindringender Personen einen Krawall zu machen versucht. Als dann ein Wagen mit den Flugblättern [Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit] vorfuhr, fiel die Menge darüber her, zerriß die Ballen oder warf sie aufs Pflaster und vor die Häuser. (...) Eine wilde Menge zerriß die Flugblätter und belästigt und beschimpft die herausgetretenen Führer als Lumpen und Verräter...“

Die Tradition der IG-Bergbau-Bonzen

Die von Imbusch geschilderte Szene erinnert an Vorfälle, wie wir sie aus der jüngsten Zeit kennen, etwa im Zusammenhang mit den von den DGB-Bonzen als „wild“ diffamierten Streiks der Bergarbeiter 1969 oder 1973 an der Ruhr und an der Saar. So versammeln sich am 11. September 1969 Tausende streikender Saarbergleute vor der Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG in Saarbrücken. Demonstrativ verbrennen sie sowohl die Flugblätter der Zechenherren als auch ein Extrablatt der IG-Bergbau-Zeitung „Einheit“.

Wenn die Führer der IG Bergbau und Energie sich auf eine gewerkschaftliche Tradition im „alten Verband“ berufen können, dann auf die der verräterischen Führer von 1905, auf das Streikbrechertum dieser Reformisten.

1914 zeigten diese Führer, daß sie vollständig in das Lager

der Schlotbarone und Krautjunker, der räuberischen deutschen Kriegstreiber und Imperialisten übergegangen waren. Sie halfen Kaiser Wilhelm und den Herren des Großkapitals, die Arbeiterlöhne auf die Schlachtbank des ersten Weltkrieges zu treiben.

Ganz offiziell schlossen sie einen „Burgfrieden“ mit der Kapitalistenklasse und der Regierung. Am 2. August 1914 beschließt eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften in Berlin, für die Dauer des Krieges keinen Streik zu dulden und alles zu tun, um den „Endsieg“ der kaiserlichen Armeen im Weltkrieg sicherzustellen. Die Arbeiter mußten im Namen dieser Gewerkschaftsführer ihre französischen, russischen oder englischen Klassenbrüder morden.

Aber es gab auch Arbeiterführer und Gewerkschafter, die der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus treu blieben. Sie kämpften gegen den Krieg, für die sozialistische Revolution. Sie gingen standhaft den schweren, opferreichen, aber ehrenvollen Weg, den vor ihnen die Gründer und Führer des „alten Verbandes“ gegangen waren.

Diese Tradition führt heute in der IG Bergbau und Energie die vor wenigen Monaten gegründete RGO-Ruhrbergbau weiter. Die Adolf Schmidt, Hans Alker dagegen stehen in der Tradition jener reaktionären SPD- und Gewerkschaftsführer, der Herren Noske, Ebert, Legien, Zörgiebel usw., die schon den ersten Weltkrieg ermöglicht hatten und danach der Reaktion halfen, die Revolution der deutschen Arbeiter blutig niederzuschlagen und den Weg für Hitler und für den zweiten Weltkrieg zu bahnen.

Das 2. Plenum der Landesbezirksleitung Ruhr der KPD/ML verabschiedete im August dieses Jahres das folgende Programm, mit dem sich unsere Partei an die Stahlarbeiter des Ruhrgebiets wendet.

Stahlprogramm der KPD/ML für das Ruhrgebiet

Die dringendsten Forderungen!

I. Ein wichtiges Mittel in unserem Kampf gegen den Rationalisierungszug der Unternehmer ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie steht unabhängig von ihrer Festschreibung im Tarifvertrag:

- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Für die 32-Stunden-Woche für Contischichtler
- Einführung der fünften Schicht in den Contibetrieben
- Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre bei voller Rentenzahlung wie für 65-Jährige

II. Der Lohn der Stahlarbeiter ist in den letzten Jahren enorm gedrückt worden. Deshalb:

- Kampf für echte Lohnerhöhungen
- Weg mit staatlichen Lohnleitlinien
- Erhöhung der Schichtzuschläge, für mittags 20 Prozent, nachts 50 Prozent, sonntags 100 Prozent
- Tarifliche Absicherung des Effektivlohns

III. Verstärkte Arbeitshetze, vorzeitiger Verschleiß, dies sind nur Ergebnisse der Rationalisierungswelle. Dagegen ist notwendig:

- Anspruch auf bezahlte Pause von mindestens 60 Minuten
- Mindestruhezeit in den Warmbetrieben 50 Prozent der Arbeitszeit
- Keine Schichtarbeit für Kollegen unter 20 sowie über 45 Jahren
- 100 Prozent Verdienstsicherung nach 25 Jahren Arbeit in der Stahlindustrie, unabhängig vom Alter.

IV. Durch technische Entwicklung, Verschleiß der Arbeitskräfte werden Umsatzen immer häufiger; deshalb:

- Bei Umsetzungen gleicher Lohn und gleich qualifizierte Arbeit im gleichen Ort
- Verpflichtung der Unternehmer, für Kollegen mit Verdienstsicherung mittags- und nachtschichtfreie Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen
- Gegen Abqualifizierung und immer weitere Arbeitsteilung
- Weg mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung, Schaffung einheitlicher Lohn- und Gehaltsgruppen

V. Die Forderungen unserer jungen Kollegen sind unser aller Forderungen:

- Aufrechterhaltung und Ausbau der Ausbildungsplätze
- Übernahme in den erlernten Beruf nach der Ausbildung
- Existenzlohn für Auszubildende
- Streikrecht für Auszubildende

Wir meinen: Diese Forderungen werden wir nur erkämpfen können. Freiwillig werden die Stahlkapitalisten nichts geben. Neben der Durchsetzung in Tarifverträgen steht die Verankerung in Gesetzen. In den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen müssen wir durch unseren Kampf die in die Betriebsräte, Jugendvertretungen usw. gewählten Vertreter verpflichten und zwingen, konsequent unsere Interessen zu vertreten und nicht die der Unternehmer. Dazu gehört:

- Ablehnung von Überstunden und Sonderschichten
- Keine Zustimmung zu Maßnahmen der innerbetrieblichen Leistungsverdichtung und Rationalisierung
- Weitgehende Einschränkung von Schicht- und Feiertagsarbeit
- Keine Zustimmung zu Betriebseinschränkungen oder -schließungen ohne neue Ersatzarbeitsplätze gleicher Anzahl und Qualität
- Keine Zustimmung zu Entlassungen

Selbst bei konsequenter Ausnutzung der vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten reichen unsere demokratischen Rechte nicht aus, um unsere Forderungen durchzusetzen. Deshalb fordern wir:

- Gesetzliches Verbot der Aussperrung
- Vollständiges Streikrecht

Wir Kommunisten meinen: Gerade die jahrzehntelangen Erfahrungen der Stahlarbeiter zeigen, daß die Durchsetzung unserer Forderungen nur im einheitlichen, entschiedenen Kampf gegen die Stahlbarone

und ihre Handlanger erreicht werden kann. Die Herren von Stahl und Eisen sind wie in der Geschichte so auch heute — die Vorkämpfer der politischen Reaktion, gegen die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen.

Deshalb sind wir auch der

Nach der Vernichtung von 100.000 Arbeitsplätzen in den Jahren von 1960 bis 1977 planen die Stahlbarone zur Sicherung ihres Profits den Abbau weiterer Zehntausender Arbeitsplätze. Davon soll neben dem Saarland besonders das Ruhrgebiet betroffen werden.

Stillegung des letzten SM-Stahlwerkes, Erhöhung des Stranggußanteils bei Oxygen- und Elektrostahlverfahren, damit verbunden Stillegung von Blockstraßen; Konzentration auf Spezialstähle und -bleche; Abbau der Massenstahlproduktion sind die aktuellen Stichworte dafür. Direktreduktionsverfahren, Kohlevergasung mit Hilfe der Hochtemperaturreaktoren, verstärkter Elektroofeneinsatz mit billiger Energie sind für Mitte und Ende der 80er Jahre geplant.

Ausnutzung aller Möglich-

keiten der elektronischen Datenverarbeitung in Produktion und Verwaltung, verstärkter Einsatz von Prozeßrechnern verbunden mit der Vernichtung von Zehntausenden Arbeitsplätzen sind die Logik bei der Umsetzung dieser neuen Technologien durch die Stahlkonzerne Krupp, Thyssen, Hoesch und Mannesmann.

Daneben die Verlagerung bestimmter Produktionsstufen — wie zum Beispiel die Erzeugung des Eisenschwamms — in Exportländer mit faschistischen Regimen, die noch günstigere Preise ermöglichen durch die brutale Unterdrückung der Arbeiter dort. So kamen 1977 knapp 40 Prozent der Erze bei uns aus den faschistischen Ländern Südafrika und Brasilien! Stillegung ganzer Betriebe, verschärfte innerbetriebliche Rationalisierung, größere Arbeitshetze, mehr

Tonnen pro Mann — so soll die Zukunft der Stahlarbeiter nach dem Willen der Stahlbarone in den nächsten Jahren aussehen.

Wie schon 1928, als die Herren von Stahl und Eisen Zehntausende von Stahlarbeitern aussperrten, oder 1932, als sie Hitler finanzierten, sind sie auch heute — wie Krupp und Thyssen — am Aufrüstungsgeschäft beteiligt, zählen ihre Spitzen — wie Späthmann von Thyssen — zu den Befürwortern einer immer reaktionärer Innen- und Außenpolitik.

Die Stahlarbeiter werden sich dies nicht kampflos gefallen lassen — besonders im Stahlarbeiterstreik 78/79 ist die Kraft der Arbeiter und Angestellten größer geworden. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit klarer, mit allen Vorstellungen zu brechen, im Rahmen der Montanmitbestimmung ließen sich die an-

stehenden Probleme auf sozialpartnerschaftliche, friedliche Weise lösen. Die brutale Aussperrung von Zehntausenden Kollegen, das entschiedene Ablehnen jeder Arbeitszeitverkürzung für alle durch die Front der Stahlbarone haben vielen Arbeitern gezeigt, daß nur ein entschiedener, konsequenter Kampf gegen diese Herrn und ihre Helfer — auch in den eigenen Reihen — Erfolge im Kampf gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze bringen kann.

Angesichts dieser Situation unterbreitet die KPD/ML — unabhängig von allen Unterschieden zu anderen politischen Fragen, über alle Parteigrenzen hinweg — den Stahlarbeitern des Ruhrgebiets folgendes Aktionsprogramm gegen die Abwälzung der Lasten der Stahlkrise auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten.

- Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht des Betriebsverfassungsgesetzes. Für das Recht der Betriebsräte und Jugendvertretungen, an der Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Arbeitskämpfen mitzuwirken
- Weg mit der reaktionären Arbeitszeitordnung der Faschisten aus dem Jahre 1938

Was bringt uns die Mitbestimmung?

Nun, wir haben aber in der Eisen- und Stahlindustrie doch die so gerühmte Montanmitbestimmung. Mit deren Hilfe können wir doch einiges erreichen, oder?

Spätestens seit der Krise 1974 hat sich für uns Arbeiter und kleinen Angestellten gezeigt, wozu sie eigentlich dient: Entlassungen und Stillegungen sollen „sozial abgefedert“ werden; abgedeckt durch Mitbestimmung und damit Mitverantwortung für diese Maßnahmen durch die im Aufsichtsrat vertretenen Spitzengewerkschafter. Sie sind durch das Aktiengesetz auf das Wohl des jeweiligen „eigenen Werks“, das heißt für den höchstmöglichen Profit des „eigenen“ Werks verpflichtet.



Die brutale Aussperrung wurde trotz Mitbestimmung beschlossen, die Löhne sanken trotz Mitbestimmung, die Unfälle blieben, wir müssen nach wie vor für den Profit einiger weniger schuften — nur alles sieht etwas sozialer aus. Mit den angeblichen gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern ist es also auch da nicht weit her. Unsere Erfahrungen zeigen: **Wer auf Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut!**

Das kann natürlich für die derzeitigen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat kein Freibrief sein, für noch weitere Geheimpolitik, für weitere Zustimmung zu Schließungen und Betriebsverlagerungen wie in der Vergangenheit, sondern muß heißen:

- Sofortige umfassende Information der Belegschaften über alle Fragen, die der Aufsichtsrat behandelt, besonders über geplante Betriebsverlagerungen, -einschränkungen, -schließungen! Nein zu solchen Maßnahmen ohne die gleiche Zahl von neuen Ersatzarbeitsplätzen!

Überlassen wir die IGM nicht den Bonzen

Während des Stahlarbeiterstreiks haben wir gesehen: Ob wir unsere Forderungen gegen die Unternehmer durchsetzen

können, ist auch eine Frage, wie weit wir in unserer Gewerkschaft, der IGM, die Arbeiterinteressen zur Geltung bringen können.

Deshalb unterstützen wir die folgenden Forderungen im innergewerkschaftlichen Kampf:

- Führung von Protokollen, Öffentlichkeit für IGM-Mitglieder, namentliche Abstimmung in der Tarifkommission; jederzeitige Abwahl der Tarifkommissionsmitglieder
- Wahl des Bezirksleiters
- Annahme von Tarifverträgen nur durch Urabstimmung. Weg mit der undemokratischen 75-Prozent-Klausel, die einfache Mehrheit muß entscheiden. Absolute Verbindlichkeit der Urabstimmungsergebnisse für die Gewerkschaftsführung

Wir sind für die Gewerkschaftseinheit, ein Betrieb — eine Gewerkschaft ist richtig, genauso wie es für unseren gemeinsamen Kampf besser ist, wenn möglichst viele Kollegen in der IGM organisiert sind! Allerdings sind wir gegen eine arbeiterfeindliche Politik innerhalb der Gewerkschaft, gegen eine Diktatur der Führung über die Mitglieder.

Die wird gegen „oppositionelle“ Kollegen beispielsweise mit den sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüssen durchgesetzt. Deshalb:

- Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen

Organisierte Opposition tut not: Stärkt die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO)! Kämpft mit der RGO in der IGM gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung und ihre Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Organisiert euch in der RGO, um eine revolutionäre, konsequent gegen die Stahlbarone gerichtete Politik in der IGM durchzusetzen die Verräter aus der IGM zu vertreiben, die IGM zu erobern.

Verstaatlichung — ein Ausweg?

Als letzte Lösung der Krise in der Stahlindustrie wird von manchen die Verstaatlichung propagiert. Brächte uns das eine Sicherung der Arbeitsplätze? Weniger Hetze, weniger Verschleiß?

Staatliche Preistreibe, zum Beispiel bei Bahn und Post, in Verbindung mit riesigen Profiten für Siemens und andere Zulieferer, verschärfte Rationalisierung beim staatlichen Saarbergbau, bei Bahn, Post usw. zeigen, daß eine Verstaatlichung nicht uns Arbeitern nützt, sondern der besseren Profit-sicherung der Konzerne — auf Kosten der Steuern der Werktätigen.

Die staatlichen Milliardensubventionen der letzten Jahre trugen nur zum Abbau von über einer Million Arbeitsplätzen seit 1974 bei; für 1977 wurde selbst von Regierungsseite festgestellt, daß direkte und indirekte Subventionen an die Konzerne fast 50 Prozent der ausgewiesenen Gewinne der Unternehmer ausmachten. Da nicht wir in diesem Staat das Sagen haben, können wir uns jeden Erfolg gegen die Unternehmer, ob private oder staatliche, nur selbst erkämpfen. Dabei kann es uns im Endergebnis gleich sein, wer denn nun der „eigene“ Unternehmer ist, ob die Krupp und Thyssen oder der Staat. Wir meinen:

- Keine Steuergeschenke an die Konzerne aus unseren Taschen!
- An jede direkte oder indirekte staatliche Subvention muß die Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen gebunden sein!
- Kontrolle der Belegschaften und ihrer Vertreter über die Verwendung von Steuergeldern durch die Konzerne!

Kolleginnen und Kollegen! Diskutiert und besprecht dieses Aktionsprogramm! Setzen wir es in den Kämpfen im Betrieb und in der Gewerkschaft gemeinsam durch!

das Sagen haben.

Wir wissen, daß viele Kollegen, die wie wir entschieden gegen die Stahlbarone sind, darüber anders denken. Diese unterschiedlichen Auffassungen sind kein Hindernis für den gemeinsamen Kampf und dürfen es nicht werden.

Mißtrauen und Spaltung der Arbeiterbewegung hat stets dem Kapital und der Reaktion gedient.

Schließen wir uns im Kampf gegen die Stahlkapitalisten zusammen, schmieden wir die Einheit der Arbeiter, und wir werden siegen!

DGB-Führer arbeiten mit Verfassungsschutz zusammen

Die Schnüffler und die Bonzen

Erst Wochen, nachdem in Bremen die ersten Tatsachen über die skandalöse Bespitzelung von Betriebsräten durch den Verfassungsschutz bekannt wurden, bequemen sich die Gewerkschaftsvorstände zu einer ersten Reaktion.

Was die beiden Herren im Kölner Sitz des Verfassungsschutzes beredet haben, wissen wir nicht. Was wir jedoch kennen, ist die grundsätzliche Haltung des DGB-Vorstands zum Verfassungsschutz, und die ist alles andere als kritisch. Gerhard Schmidt selber hat diese Linie noch einmal bekräftigt, als er im vergangenen Juli in der „Welt der Arbeit“, dem Organ des DGB, zur Schnüffeltätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben Stellung nahm.

Das Fazit dieses Artikels war: Auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder läge es, wenn der Verfassungsschutz in den Betrieben „seine Aufgaben streng wahrnimmt“. Der DGB-Vorstand stellt sich also nicht gegen die Spitzeltätigkeit in den Fabriken. Auch Loderer beklagte in seinem Brief an das Kölner Bundesamt zwar die Ausuferung der Schnüffelei, die zu einer Verunsicherung unter den Gewerkschaftern führen würde. Er bekannte sich jedoch ausdrücklich dazu, daß der Verfassungsschutz solchen Arbeitern und Angestellten nachspürt, die „verfassungsfeindlichen Organisationen“ angehören.

Bekenntnis zum Verfassungsschutz

Dieses grundsätzliche Bekenntnis der Gewerkschaftsführer zur Tätigkeit des Schnüffeldienstes gegen die Werktätigen in den Betrieben steht keinesfalls nur auf dem Papier. Es bestimmt auch die alltägliche Praxis überall dort, wo es um die Abwehr klassenkämpferischer Kollegen, um deren Hinaussäuberung aus Betrieben und Gewerkschaften geht. Die Allianz, die sich an dieser Front zwischen Kapitalisten, Verfassungsschutz und Gewerkschaftsführern gebildet hat, bekam im Jahr 1976 sogar eine gesetzliche Grundlage. Unter dem Innenminister Maihofer wurde ein sogenannter Unterrichtungserlaß beschlossen, der vorsieht, daß die Tarifparteien regelmäßig über „verfassungsfeindliche“ Bestrebungen in den Betrieben informiert werden. 1977 berichtete die *Frankfurter Rundschau*, daß vom DGB-Bundesvorstand zwei Mitglieder dieses Gremiums benannt seien, die den Kontakt mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz halten.

Worum es den Herren vom Vorstand dabei besonders geht, plauderte ein hoher Beamter des Bundesinnenministeriums gegenüber dem *Spiegel* aus: „Gewerkschaften und Parteien laufen uns doch seit Jahren die Türen ein, um etwas über ihre Leute zu erfahren.“ Den Bonzen liegt also gerade deshalb so viel an einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Bonner Schnüffeldienst, weil sie mit seiner Hilfe auch die eigenen Gewerkschaften auspähen wollen. Im Interesse der Kapitalisten, gemeinsam mit dem Verfassungsschutz — so gehen die Bonzen gegen kämpferische Gewerkschafter vor.

Natürlich liegt vieles von dieser arbeiterfeindlichen Aktivität im geheimdienstlichen Dunkel. Aber manchmal wird einer der Herren aus den Vor-

IGM-Chef Loderer richtete einen Protestbrief an das Bundesamt für Verfassungsschutz und DGB-Vorstandsmitglied Schmidt führte ein längeres Gespräch mit dem Präsident dieses Amtes, Meier.



ständen der Gewerkschaften auch deutlich und deckt selbst die Zusammenarbeit mit den staatlichen Schnüfflern auf. So schrieb zum Beispiel der Westberliner IG-Chemie-Chef Kolitsch, der 19 Kollegen aus der Gewerkschaft hatte hinauswerfen lassen, in einem Brief vom 4. Januar 1974 an den Hauptvorstand der IG Chemie: „Es stimmt, daß ich in besagten Vertrauensleuteversammlungen in Bezug auf Mitglieder, die bereits aus unserer Organisation wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen waren oder gegen die noch Ausschlußverfahren liefen, Auskünfte des Verfassungsschutzes zitierte. (...) Ich erklärte, daß die Berichte vom Verfassungsschutz zur Überprüfung der eigenen Beweise eingeholt wurden, um eine größtmögliche Sicherheit bei der Beurteilung zu haben.“

Die Gewerkschaftsbözen nutzen — wie etwa in dem hier angeführten Fall — das Geheimdienstmaterial, um „Beweise“ für die Mitgliedschaft von Gewerkschaftern in solchen Organisationen zu bekommen, die sie selbst frech als „gewerkschaftsfeindlich“ bezeichnen (und zu denen auch die KPD/ML und die RGO gehören). Aufgrund der Verfassungsschutzinformationen können dann Ausschlußverfahren gemäß den reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüssen in Gang gesetzt werden.

Ganze Belegschaften bespitzelt

Das Feld der Kollegen, die mit Wissen der Gewerkschaftsführer bespitzelt werden, reicht jedoch weit über die wirkliche oder angebliche Mitgliedschaft

in den genannten Organisationen hinaus. Im vergangenen Winter wurde in Hamburg aufgedeckt, daß ganze Belegschaften auf Anweisung des sozialdemokratischen Innenministers Staak systematisch überprüft wurden. Aufgrund dieser Spitzeltätigkeit wurde eine ganze Reihe von kämpferischen Kollegen aus den Betrieben geworfen, wobei mancherorts — zum Beispiel bei den Hamburger Stahlwerken — reaktionäre Betriebsräte an den Rausschmissen unmittelbar mitwirkten.

Wie tief die staatlichen Spitzel auch schon in das Privatleben der Arbeiter in unserem Land eindringen, wurde im Verlauf von zwei Arbeitsgerichtsprozessen in Hamburg deutlich, wo die Kollegen — was ja sonst nur selten gelingt — beweisen konnten, daß Verfassungsschutzinformationen zu ihrer Ent-

lassung geführt hatten. Eine Bürogehilfin im Metallbetrieb Noske-Kaaser war entlassen worden, nachdem der Verfassungsschutz erschnüffelt hatte, daß ihr Mann DKP-Mitglied ist. Einen Elektriker hatten die Lufthansa-Bosse auf die Straße gesetzt, nachdem der Verfassungsschutz ihnen gesteckt hatte, daß dieser Kollege in einem anderen Betrieb schon mal für eine oppositionelle Betriebsratsliste kandidiert hatte.

Die jetzt bekanntgewordene systematische Ausschnüffelei der Betriebsräte und Jugendvertreter in Großbetrieben ist also nur ein Teil der breiten Spitzeltätigkeit gegen die Arbeiter und Angestellten in den westdeutschen Betrieben. Und diese Tätigkeit richtet sich keineswegs gegen Spione und Ostagenten, wie es DGB-Vorstandsmitglied Schmidt noch im vergangenen Jahr glauben machen wollte. Die ausgedehnte Schnüffelei in den Betrieben ist ein Teil der staatlichen Überwachung der Arbeiterbewegung, um diese Bewegung unter Kontrolle zu halten, um über ihre Aktivitäten schwarze Listen anzulegen und um gegebenenfalls gegen sie loszuschlagen. Heute kostet es einen klassenkämpferischen Arbeiter „nur“ den Arbeitsplatz, wenn er in die Mühlen der Bonner Geheimdienste gerät. Morgen jedoch kann es ihn schon wesentlich mehr kosten — wenn man bedenkt, mit welcher Schärfe in diesem Land die Faschisierung vorangetrieben wird.

Wer diese Tatsachen leugnet, wer sich sogar — wie die Führer der DGB-Gewerkschaften — zum Handlanger und Komplizen der Geheimdienste macht, der steht im Lager der Feinde der Arbeiterbewegung, der macht sich schuldig an der Arbeiterklasse. Die Gewerkschafter dagegen müssen sich, auch gegen die Sabotage durch die Bonzen, der zunehmenden politischen Unterdrückung in Betrieb und Gewerkschaft entgegenstellen.

Schluß mit der Bespitzelung von Betriebsräten und anderen Kollegen! Sofortige Vernichtung aller vom Verfassungsschutz angelegten Daten! Keine Zusammenarbeit zwischen DGB und Verfassungsschutz! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Vom Richter geduldet

Faschistische Propaganda im Gerichtssaal

Diese Woche Urteil im Kühnen-Prozeß

BÜCKEBURG. — Immer mehr zu einem handfesten Skandal entwickelt sich der Prozeß gegen die faschistische Terrorbande um den ehemaligen Bundeswehroffizier Kühnen, die wegen bewaffneter Überfälle, Sprengstoff-

teilgenommen hatten — sie waren mit den „jüdisch-bolschewistischen Unternehmungen“ gemeint.

Weiter rechtfertigte Womelsdorf verschiedene Bombenanschläge der Terroristen und behauptete in diesem Zusammenhang, rechte Putschisten hätten „in der Regel Hemmungen, Blut zu vergießen“. Als Beispiel dafür nannte er — Hitler! Alle Anwälte waren sich darin einig, daß ihre Mandanten „keine Neigung zum Gewalttäter“



Bei den ersten Bohrungen in Gorleben: Grenzschützer, Bauer.

In Gorleben beginnen die Tiefenbohrungen Grenzschutz terrorisiert die Landbevölkerung

Brief des Bauern Schulz aus Gedelitz

Gorleben. — In dieser Woche beginnen die ersten Tiefenbohrungen für das geplante atomare Entsorgungszentrum bei Gorleben — ungeachtet des anhaltenden Tauschens um dieses Projekt zwischen Bonn und der niedersächsischen Landesregierung. Um den Widerstand der Landbevölkerung gegen die Bauarbeiten niederzuhalten, haben Polizei und Bundesgrenzschutz ihre Einheiten im Landkreis verstärkt.

Sie verfolgen immer offener eine Strategie der Einschüchterung und der offenen Provokation gegen die Bevölkerung. Überfälle auf Gruppen von Demonstranten sind ebenso an der Tagesordnung wie die allgegenwärtigen Kontrollen und die massive Bespitzelung der Werktätigen. Wie heute der Alltag der Menschen im Wendland aussieht, kann man ermesen, wenn man den folgenden Brief liest, den der Bauer Karl Heinz Schulz aus Gedelitz an seine Kollegen und Mitbürger richtete und in dem er über seine Erfahrungen mit dem BGS berichtet.

„Ich kam mit zwei Hilfskräften vom Heumachen und fuhr mit meinem Traktor und einem Fuder Heu über Gorleben in Richtung Gedelitz. Am Trafohäuschen mußte ich anhalten, weil eine Menschenmenge auf der Straße stand. Dreißig bis vierzig Bundesgrenzschutzleute waren damit beschäftigt, unter Einsatz von Gewalt die Gruppe in Richtung Gedelitz zu drängen. Dabei sah ich, wie BGS-Leute gleichzeitig Personen aus der Demonstrantengruppe zerrten, zu Boden warfen und auf sie einschlugen.“

Ein solch brutales Vorgehen habe ich noch nie gesehen und bisher nicht für möglich gehalten. Ich wurde aufgefordert weiterzufahren, die Straße würde für mich freigemacht. Aufgrund der Aufforderung fuhr ich langsam an, brachte meinen Traktor aber sofort wieder zum Stehen, weil sich drei BGS-Leute dicht vor dem Traktor aufstellten.

Völlig unvermittelt wurde ich plötzlich angeschrien und beschuldigt, ich hätte einen Beamten angefahren. Mir wurde befohlen, ich solle vom

Traktor absteigen, denn ich sei wegen Körperverletzung verhaftet. Als ich um eine Begründung für diese Maßnahme bat, entfernten sich die Beamten für zehn Minuten und führten eine weitere Auseinandersetzung mit den Demonstranten herbei. Auf dem Rückweg kamen sie wieder an dem Traktor vorbei und derselbe Beamte sprach wieder meine Verhaftung aus. Als meine beiden Begleiter nach einer Begründung fragten, befahl er ca. zwanzig Beamten: Alle runterholen.

Wir wurde dann alle drei mit brutaler Gewalt vom Trecker gezerrt, wobei Verletzungen in Kauf genommen wurden. Wir wurden vorwärts gestoßen, getragen, die Arme wurden uns nach hinten gedreht, und anschließend wurden wir ca. zwei Stunden eng und schmerzhaft auf dem Rücken gefesselt.

Auf alle meine Fragen, besonders was mit meinem in der Kurve stehenden Heuwagen passieren soll, bekam ich keine Antwort. Wir wurden erkenntnisdienlich behandelt, das heißt es wurden Fingerabdrücke von uns genommen und Fotos angefertigt. Erst um 23 Uhr wurde ich mit den anderen entlassen.

Ich glaube, daß ihr euch aufgrund meiner Schilderungen ein Bild davon machen könnt, was uns passieren kann, wenn wir zufällig in eine derartige Situation geraten. Wie soll ich in Zukunft meiner Arbeit nachgehen und meine Ernte einbringen? Was mir passiert ist, kann jedem passieren. Deshalb bitte ich euch um eure Unterstützung. Diese Angelegenheit werde ich auch dem Landvolk vortragen und ebenfalls um Unterstützung bitten.

Karl-Heinz Schulz

delikten usw. angeklagt ist. Vorläufiger Höhepunkt waren die Plädoyers der Anwälte in der vergangenen Woche, in denen unverhüllt Propaganda für die faschistische Diktatur betrieben wurde.

hätten. Die Anschläge und bewaffneten Raubüberfälle der Bande auf Banken und Waffendepots nannte der Anwalt Stöckicht „Dumme-Jungen-Geschichten in der Art von Indianerspielen“. Derselbe Anwalt bezeichnete die geplante Befreiung des Hitler-Stellvertreters Heß aus dem Gefängnis von Spandau als „die Beseitigung eines Unrechts“, und der Anwalt Gerlach benutzte sein Plädoyer, um noch einmal ausgiebig die faschistische Diktatur zu verherrlichen. Unter Hitlers Führung, so sagte

er unter anderem, sei „das Land aufgeblüht“.

Die Anwälte — zum großen Teil selbst organisierte Faschisten — konnten ihre hetzerische Propaganda für den Faschismus völlig ungehindert entfalten. Kein einziges Mal schritt das Gericht dagegen ein. Das gleiche Gericht aber verurteilte einen jungen Arbeiter, der als Zuschauer gekommen war, zu einer Geldstrafe von 50 Mark, ersatzweise einen Tag Haft, weil er sich beim Eintritt des Gerichts nicht von seinem Platz erhoben hatte.

Schikane gegen Winzer

Herbstkontrolle

Volkskorrespondenz aus Trier

Auch bei den Weinbauern wird immer klarer, daß Winzer nicht gleich Winzer ist, und daß es auch auf dem Land Klassengegensätze gibt. Seit durch die starke Konkurrenz auf dem europäischen Markt die Nachfrage nach westdeutschen Weinen zurückgegangen ist, wird unter den Weinbauern heftig um Absatzprozent gerungen. Es ist offensichtlich, daß nicht alle Verluste durch den Fremdenverkehr aufgefangen werden können.

Die Großbesitzer unter den Weinbauern haben sich etwas Neues ausgedacht, um ihre kleineren Konkurrenten in die Knie zu zwingen. Durch eine lückenlose Kontrolle von der Traube bis zum fertigen Wein sollen die Winzer mit weniger Anbaufläche und weniger Stock zur Aufgabe gezwungen werden. Der Deutsche Weinbaukongreß 1979 hat die Forderung nach einer sogenannten Herbstkontrolle gestellt.

zer an der Mosel, „jetzt muß ich mich auch noch mit den Behörden und Weinprüfstellen herumschlagen.“ Eine Kontrolle und Festlegung der verschiedenen Prädikatsstufen (Kabinett, Spätlese, Auslese etc.) darf nach Auffassung der Winzer nicht in eine totale Überwachung ausarten.

Auch die Winzergenossenschaften haben diese Totalkontrolle vom Rebstock bis zur Flasche gefordert, um ihre markt-



Im Wein steckt nicht nur Wahrheit, wie es der Volksmund ausdrückt, sondern auch harte Arbeit. Hier ein Moselwinzer bei der Lese.

Zu diesem direkten Angriff auf die Existenzbedingungen kleinerer Weinbaubetriebe, vor allem Familien- und Nebenerwerbsbetriebe braucht man nicht erst Umfrageaktionen zu starten, wie dies von Seiten einiger Politiker jetzt geschieht. Die Meinung der Winzer ist klar: Diese neuen Schikanen müssen zurückgewiesen werden!

Zum einen werden die Winzer durch die geplante Herbstkontrolle als Panscher und Pfuscher diskriminiert. Zum anderen ist der Aufwand durch die Weinkontrollen, die durch EG und Bundesregierung vorgeschrieben werden, hoch genug.

„Die Arbeit im Wingert ist schwer genug“, meinte ein Win-

beherrschende Position weiter ausbauen zu können. Sie haben die Absicht, auf Kosten der Kleinbetriebe auf dem Weinmarkt Monopolstellungen für weitere Weinbauregionen zu erobern. Wie der Arbeiterklasse bleibt auch den einfachen Weinbauern nur der Weg des Zusammenschlusses und des gemeinsamen Kampfes gegen die Großbesitzer und Genossenschaftsbözen. Es ist anzunehmen, daß sich die bürgerlichen Politiker in Bundes- und Landesparlament erst einmal aus der Affäre ziehen wollen. Vor den Wahlen 1980 werden sie sich ungern mit den kleinen Bauern und Winzern anlegen wollen, doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Die Hanauer Atomindustrie

Volkskorrespondenz aus Hanau

Im Roten Morgen vom 17.8.79 wurde im Artikel „Atomkraft: Der neue Dreh der alten Herren“ unter anderem die Firma Nukem aus Hanau genannt. Es erscheint mir notwendig, einmal näher auf diese Firma einzugehen, da sie einen sehr wichtigen Platz im Nuklearkreislauf einnimmt.

Die Nukem befindet sich in der Kontrolle von Degussa (45%), RWE (20%), Metallgesellschaft (12%) und Rio Tinto (18%) aus Brasilien. Ihr Schwerpunkt ist die technisch-industrielle Entwicklung auf dem Gebiet der Atomenergie. Bei allem, was mit der Erzeugung und Veredelung, dem Erwerb und Verkauf der Rohstoffe, Halb- und Fertigzeugnisse zu tun hat, ist sie beteiligt.

Durch die Auslieferung bestimmter technischer Forschungs- und Versuchsprojekte versucht die Nukem immer

mehr industrielle Bereiche mit der Atomtechnik zu verzahnen. So erstellte sie 1978 eine Anlage, die die Reaktorwerkstoffe daraufhin überprüft, welche beim Bau einer atomenergiebetriebenen Kohleerfassungsanlage verwendet werden können.

Das Mitwirken an zahlreichen europäischen Projekten (zum Beispiel Hochflußreaktor Grenoble) und ein Exportanteil von 70 Prozent zeigen etwas von der wachsenden Bedeutung der westdeutschen Atomindustrie in der EG.



Polizei geht gegen Antifaschisten, die gegen die NPD-Kundgebung am 2.9.78 kämpften, mit Gewalt vor und nimmt zwölf Antifaschisten fest.

Vor einem Jahr trat die NPD in Oberhausen auf

Heute werden Antifaschisten verurteilt

Volkskorrespondenz aus Oberhausen

Vor etwa einem Jahr traten die Neonazis der NPD auf einer Kundgebung in Oberhausen auf (genau am 2. September 1978). Im Zusammenhang mit den umfangreichen Protestaktionen zahlreicher Antifaschisten wurden verschiedene Gegendemonstrationen von der Polizei festgenommen. Bisher wurde ein Antifaschist zu 800 Mark Strafe verurteilt. Zur Zeit läuft der dritte Prozeß gegen die Antifaschisten. Skandalöserweise haben sich bis jetzt die Führer des

örtlichen DGB und verschiedener bürgerlicher Jugendverbände völlig aus dem Prozeßgeschehen herausgehalten. Die Solidarität wird bislang nur von einer Bürgerinitiative gegen Reaktion und Faschismus organisiert. Kürzlich stieß ich auf einen Leserbrief in der NRZ (Neue Rheinische Zeitung, gehört zum WAZ-Imperium), der gut die Empörung vor allem der Jugend über die nazifreudliche Haltung des zuständigen Gerichts zum Ausdruck bringt.

Soll was vertuscht werden?

Von 19 Schülern der Gesamtschule Osterfeld

Am 2. September 1978 hielt die NPD in Oberhausen eine Kundgebung ab. Dagegen demonstrierten etwa 1000 Bürger. Im Verlauf der Demonstration wurden 12 Gegendemonstrationen festgenommen. Sie werden beschuldigt, Farbbeutel, Eier und ähnliches auf die Neo-Faschisten geworfen zu haben.

Wir beschäftigen uns im Leistungskurs Sozialwissenschaft oft mit dem Thema Faschismus und Neo-Faschismus. Als nun am 21.8.79 ein Prozeß gegen einen der Gegen-Demonstrationen eröffnet wurde, wollten wir diesen im Amtsgericht verfolgen. Dem Angeklagten wird Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Vor dem Saal des Amtsgerichts standen weit über 100 Personen, die am Prozeß teilnehmen wollten. Der Prozeß

wurde vertagt, da einige Zeugen fehlten.

Uns befremdet, daß trotz des großen öffentlichen Interesses kein größerer Saal zur Verfügung gestellt wurde. Empörung löst bei uns aus, daß auch am 30.10., dem nächsten Termin, wahrscheinlich der Prozeß wieder im selben Saal stattfinden wird.

Es besteht offensichtlich seitens des Gerichts kein Interesse an einer zu großen Öffentlichkeit. Soll etwa vertuscht werden, etwas zu vertuschen? Oder sollen die Oberhausener Bürger durch hohe Strafen für die Angeklagten davon abgehalten werden, bei der nächsten neonazistischen Provokation wieder ihrer Empörung Ausdruck zu geben?

Wir sind besorgt über eine Entwicklung, die darauf hinausläuft, den Faschismus zu verharmlosen und demokratische Aktivitäten gegen ihn zu unterdrücken.

Aber auch die UdSSR beteiligt sich gern an der profitablen atomaren Zusammenarbeit. Die zu 80 Prozent der Nukem gehörende Transportfirma Transnuklear bezieht in original US-amerikanischen Behältern (3,6 Tonnen) angereichertes Uranhexafluorid aus der UdSSR! Als Absender firmiert v/o Technabexport Hafen Leningrad.

Die Nukem kontrolliert die in Hanau noch ansässigen Brennelementfirmen, die die meisten westdeutschen AKWs versorgen, nämlich die Alkem (Plutoniumverarbeitung) zu 40 Prozent, die Hobeg (Hochdruckreaktoren) zu 100 Prozent und die RBU (Brennelemente für Leichtwasserreaktoren) zu 30 Prozent.

Wenn der Rote Morgen feststellt, daß „der Ruf der Monopolherren nach Atomenergie laut erschallt“, so kann man das aus Hanauer Sicht nur

bekräftigen. Die Hanauer Nuklearindustrie wird bei dem Versuch, die Gefahren für ihre Beschäftigten und die Bevölkerung zu vertuschen, tatkräftig unterstützt durch die bürgerlichen Parteien und der ihnen hörigen Presse, die pausenlos die Notwendigkeit der Atomenergie verkünden. Besonders aktiv beteiligen sich dabei auch die Betriebsräte dieser Firmen, die sich zum Beispiel nicht scheuten, auf einem Schulfest der Otto-Hahn-Schule bei einem Informationsstand Werbematerialien der Badenwerk AG, der Gesellschaft für Wiederaufbereitung (DWK) und anderer Energiefirmen zu verteilen.

Betriebsräte, die so offensichtlich wie hier in der Atomindustrie die Geschäfte der Unternehmen besorgen, wünschen sich sicher alle Kapitalisten, die Arbeiter werden dabei aber nur verkauft.

Säuglingssterblichkeit

Die Verantwortlichen unternehmen nichts

Volkskorrespondenz aus Duisburg

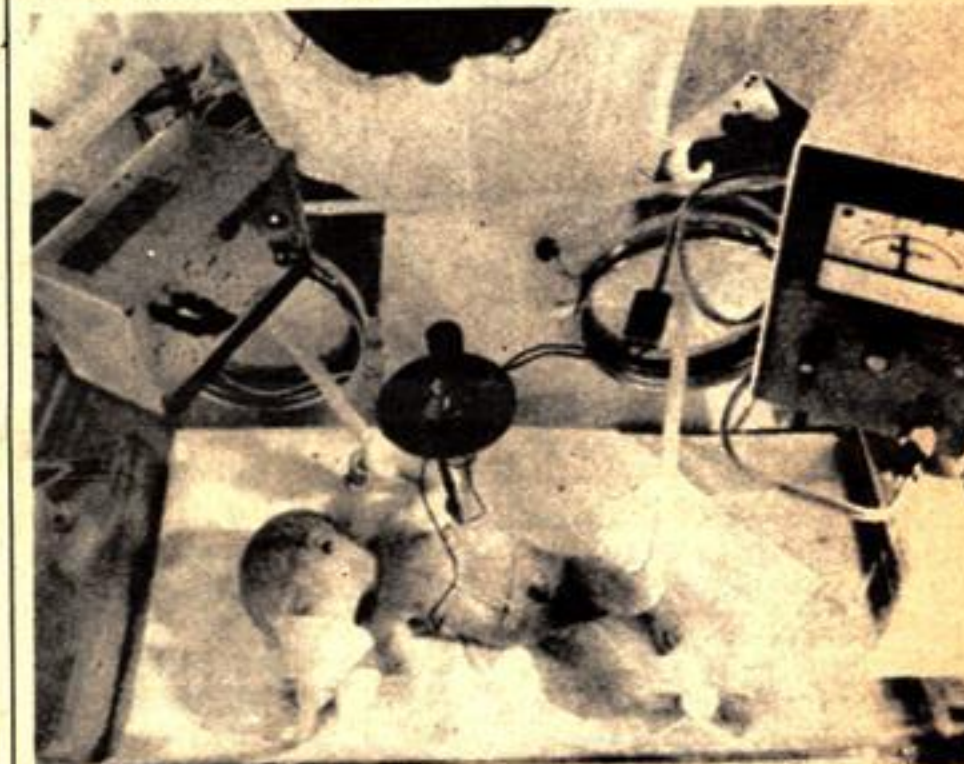
Im Roten Morgen Nr. 32 vom 10. August fand ich auf Seite 2 eine kurze Notiz über die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik. In dem Artikel stand nicht, auf welches Jahr sich die Zahlen beziehen. Ich habe noch andere Zahlen gefunden. So gab beispielsweise der parlamentarische Staatssekretär des Bundesarbeitsministeriums bekannt, daß 1977 3795 Kinder totgeboren sind (bei insgesamt 581 287 Geburten) und daß im ersten Lebensjahr noch 9022 Säuglinge gestorben sind. Umgerechnet macht das traurige 2,2 Prozent gegenüber den angegebenen 1,53 Prozent in der RM-Notiz.

Als Ergänzung möchte ich mal kurz aus einer Überlegung des Duisburger Beigeordneten Fichtner zitieren:

„Nach neueren internationalen und deutschen Forschungsergebnissen muß davon ausgegangen werden, daß eine fühlbare Herabsetzung der in der Bundesrepublik immer noch sehr hohen Säuglingssterblichkeit möglich wäre, wenn Geburtshilfskliniken oder Abteilungen mindestens 500 Geburten im Jahr durchführten. Nur bei einer solchen und höheren Geburtenzahl ist nach den Ergebnissen dieser Forschung eine angemessene Versorgung von Risikogeburten und eine ausreichende Routine aller ärztlichen und pflegeri-

schen Mitarbeiter sowie eine apparative Ausstattung gegeben, die auch komplizierten Geburten jederzeit gewachsen ist.“

Mit anderen Worten, in kleineren Kliniken lohnt sich der Aufwand nicht. Dann müssen eben die Säuglinge weiterhin sterben. Dazu muß noch gesagt werden, daß nach dem neuen vorläufigen Krankenhausbedarfsplan in Duisburg eine ganze Anzahl von Betten auf Geburtshilfsabteilungen „abgebaut“ werden sollen, wobei es auch zur Einsparung von Pflegekräften kommen wird. Mit einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit ist also kaum zu rechnen, eher mit dem Gegenteil.



Erschreckend viele Säuglinge sterben in westdeutschen Kliniken. Das Bundesarbeitsministerium nennt 2,2 Prozent.

Polizelausbildung in Westberlin

Schon vor 15 Jahren schwere Waffen

Volkskorrespondenz aus Norddeutschland

Ich war in den sechziger Jahren bei der Westberliner Bereitschaftspolizei. Nach der normalen Grundausbildung kam ich in den sogenannten „schweren Zug“. Hier wurde ich schon damals an schweren Waffen wie dem Maschinengewehr M 42, am leichten Granatwerfer sowie an der Bazooka, einer panzerbrechenden Waffe ausgebildet. Das Handgranatenwerfen gehörte ebenso dazu. Die Munition lagerte teilweise in den Kasernen.

Schon damals wurden die Übungen entweder im Gelände

gegen einen „militärischen Störer“ oder als Häuserkampf gegen den „linken Störer“ sprich Bevölkerung durchgeführt.

Meiner Meinung nach ist die Vorbereitung eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes nur noch eine weitere Offenlegung der Faschisierung der Polizei, die schon sehr früh unter Ausschluß der Öffentlichkeit systematisch begonnen wurde. Wir unterlagen damals der Geheimhaltungspflicht über Besitz und Ausbildung an den erwähnten Waffen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- | | |
|---|--|
| ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML | ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren |
| ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ | ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden |

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußfertigem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“.



Reisereportage
SVR ALBANIEN

sen, für die es in Shkodra nicht die entsprechenden Vorrichtungen gibt. Jetzt machen wir zum Beispiel gerade Versuche, um den Energiegehalt von Erdöl zu bestimmen.“

„Aber was seid ihr nun, Arbeiter oder Studenten?“

Die Genossen haben einen Halbkreis um mich gebildet. Sie lächeln, als sie meine Frage übersetzt bekommen. Und ein etwa 40jähriger Mann antwortet:

„Wir sind beides. Wir arbeiten in unseren Betrieben als Mechaniker oder als Dreher, und gleichzeitig sind wir an der Universität eingeschrieben, wo wir eine Ausbildung als Ingenieure machen.“

„Aber läßt sich das denn miteinander vereinbaren?“

„Der Betrieb gibt uns die Möglichkeit dazu“, sagt Liza. „Wir bekommen an den drei Schultagen in der Woche jeweils einige Stunden frei. Auch für

gehen? Das zu erwartende Ingenieursgehalt kann es ja kaum sein. Denn — soviel habe ich inzwischen schon erfahren — das liegt kaum höher als der Lohn eines Facharbeiters. Einer der Genossen bestätigt das:

„Der materielle Anreiz hat uns nicht hierhergebracht. Es ist ja sogar so, daß wir als Ingenieure am Anfang noch weniger verdienen als ein Arbeiter der höchsten Kategorie. Worum es uns geht? Ganz einfach, unser Land braucht qualifizierte Kader auch im technischen Bereich. Die wissenschaftlich-technische Revolution geht mit Riesenschritten voran, der Aufbau des Sozialismus stellt immer neue Anforderungen. Und da müssen wir Arbeiter natürlich Schritt halten.“

Die anderen nicken zustimmend. In unserem weiteren Gespräch erfahre ich, daß an

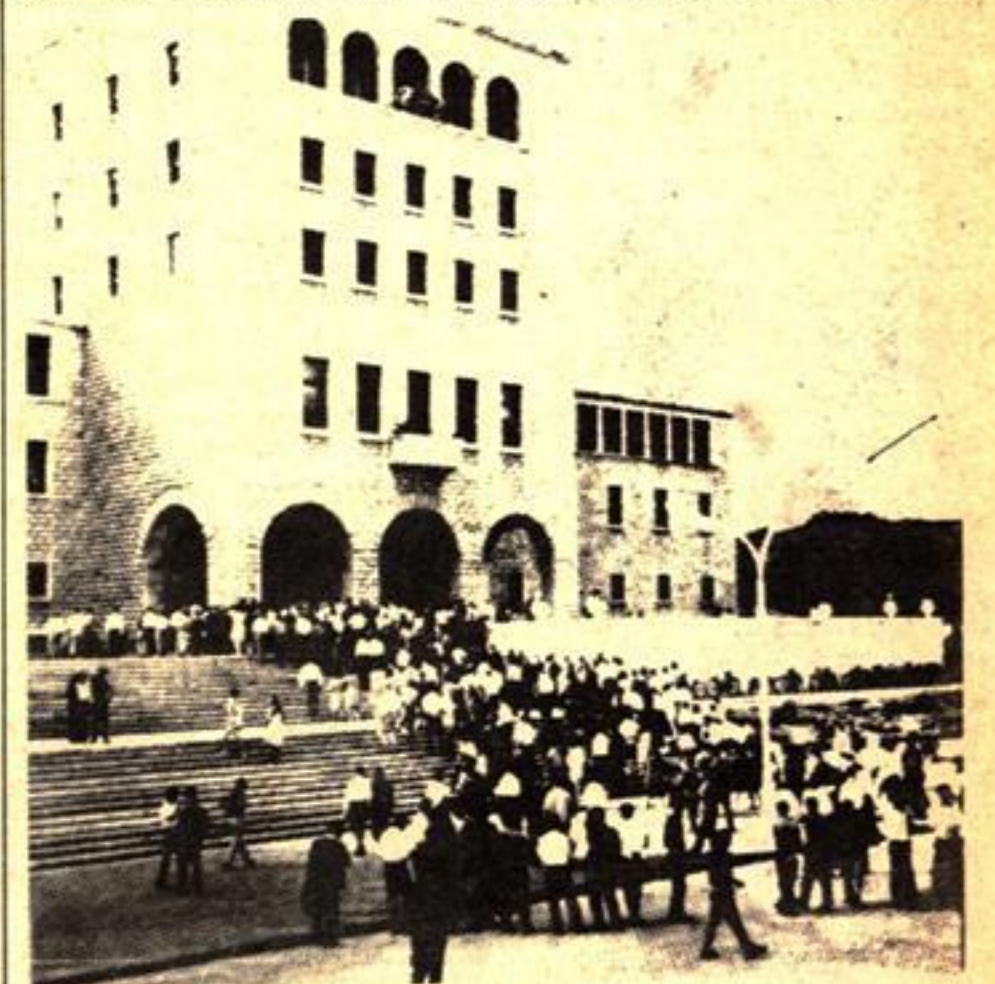
uns politisch um die Betriebe kümmern. Und das heißt in erster Linie: die Sorgen und den Geist der Arbeiterklasse in den Hörsaal bringen.“

Eine weitere Methode, um die Verbindung zwischen Hochschule und Produktion noch enger zu gestalten, ist die sogenannte Kaderrotation, ein

in den Fabriken. Auch das ist eine albanische „Erfindung“. Später wird noch ausführlicher die Rede davon sein.

Wie kommt man an die Uni?

Nach meiner Begegnung mit den Arbeiter-Studenten möchte



Das Hauptgebäude der Universität von Tirana — früher die Kommandantur der italienischen Besatzer

Arbeiter an der Uni

Besuch in der Staatsuniversität von Tirana.

Mitten im Zentrum Tiranas steht mächtig das Reiterstandbild des Nationalhelden Skanderbeg. Unter dem Schweif des steinernen Pferdes stehend blickt man über einen breiten wie mit dem Lineal gezogenen Boulevard auf ein klotziges Gebäude, das ihn in der Ferne abschließt und an dem als erstes die überdimensionale Freitreppe ins Auge sticht. Es ist die Hinterlassenschaft einer der dunkelsten Perioden albanischer Geschichte — die ehemalige Kommandantur der italienischen Besatzer.

Hier war also der Mittelpunkt im Spinnennetz des faschistischen Terrors, mit dem die Eroberer das Land überzogen hatten. Auf jener Treppe dort haben sie ihre pomphaften Aufzüge inszeniert, während in den Kellern darunter die gefangenen Partisanen gefoltert wurden. In diesem Teil Tiranas haben die italienischen Faschisten viele Spuren hinterlassen. Sie haben den großen Boulevard angelegt und das Stadion in der Nähe; sie haben das linkerhand liegende Hotel gebaut, das heute den Namen des Dajti trägt, des mächtigen, auch im Frühjahr noch schneebedeckten Berges, der sich hinter der Hauptstadt erhebt. Und all diese architektonischen Anstrengungen der Mussolini-Leute hatten eine wahnwitzig anmutende Gesetzmäßigkeit.

Mit der Anlage ihrer Bauten bildeten sie nämlich — ins Gigantische übertragen — das Symbol des italienischen Faschismus nach, das Likatorenbündel, eine Garbe von Pfeilen, aus der ein Beil ragt. Der überbreite Boulevard also war der Schaft des Bündels, die äußere Kurve des Stadions die Schneide des Beils usw. So wollte Mussolini nach der Art der Astronautengötter des Herrn Däniken Spuren für die Ewigkeit hinterlassen. Seine deutschen Nachfolger gingen da schon vorsichtiger ans Werk. Sie errichteten ihre Kommandantur im Hotel Dajti — was ja ihren Beteuerungen entsprach, sie wären gar keine Besatzer, sondern „nur auf der Durchreise.“

Die Albaner haben beide — die italienischen wie die deutschen Faschisten — in harten Kämpfen aus dem Land geworfen. Die Bebauung Tiranas nach der Befreiung, vor allem die Anlage weiträumiger Parks, hat auch das gigantische

Liktorenbündel auf dem Boden der Hauptstadt bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Geblieben ist der Boulevard, der heute den Namen „Helden des Volkes“ trägt, geblieben ist das Stadion, in dem jetzt im Frühjahr „Partizani“, „Dinamo“, „17. Nentori“ und wie sie alle heißen in den entscheidenden Spielen um die Fußball-Meisterschaft stehen. Geblieben ist auch die ehemalige Kommandantur der Italiener — sie ist heute das Hauptgebäude der Staatsuniversität.

Begegnung mit Arbeiter-Studenten

Auf den Stufen der Freitreppe empfangen mich einige Studenten und Professoren. Wir gehen durch die hohe Vorhalle, in der die Büsten von Marx und Engels, von Lenin und Stalin stehen, in den naturwissenschaftlichen Flügel. Die Genossen wollen mir einige Labors und andere Einrichtungen zeigen. Schon in dem ersten Raum, den wir von einem langgestreckten Flur aus betreten, habe ich eine merkwürdige Begegnung, die eigentlich so gar nicht zu einer Universität paßt. Ich stoße auf eine Gruppe von etwa einem Dutzend Männern und Frauen, die mit Glaskolben und Reagenzgläsern hantieren. Weil die meisten von ihnen offensichtlich dem Studentenalter längst entwachsen sind, vermute ich in ihnen Lehrkräfte, die hier einen Versuch vorbereiten.

„Nein“, sagt auf eine entsprechende Frage hin einer meiner Begleiter lachend, „die Genossen sind Arbeiter aus Shkodra.“

Ich gehe zu der Gruppe hinüber und tatsächlich — einige kommen aus dem Kupferdrahtwerk, andere vom Wasserkraftwerk „Vau i Dejes“, wieder andere aus kleineren Betrieben der nordalbanischen Stadt. Natürlich will ich wissen, wie sie hierher in die Universität kommen, und ob sie denn auch Studenten sind. Liza, eine Arbeiterin aus der Kupferdrahtfabrik, antwortet mir.

„Wir sind Studenten an der Filiale der Universität in Shkodra. Jetzt sind wir für einige Wochen nach Tirana gekommen, weil wir eine Reihe von Arbeiten abschließen müs-

sen. Die Prüfungen oder jetzt, wo wir nach Tirana fahren mußten, sind wir freigestellt. Unseren Lohn bekommen wir natürlich weiter.“

Die Genossen, mit denen ich spreche, sind schon im vierten Studienjahr. Trotz aller Hilfestellung ist ihr Studium sicher eine große Belastung für sie. Das wird von ihnen auch bestätigt, zumal die meisten auch Familie haben. Da gehen die freien Tage schon mit Lernen und Vorbereitungen drauf. Da müssen natürlich Opfer gebracht werden. Aber sie stehen nicht allein, sagen die Genossen. Die Lehrer kümmern sich intensiv um sie, auch technische Kader aus dem Betrieb helfen.

„Und nicht zu vergessen, die Familie“, sagt Liza, „das ist sehr wichtig dabei. Mein Mann zum Beispiel nimmt mir viel von der Arbeit zu Hause ab. Ohne die Hilfe unserer Familien könnten wir das Studium kaum schaffen.“

„Wir Arbeiter müssen Schritt halten“

Was hat diese Arbeiter dazu bewogen, an die Universität zu

der Universität von Tirana Arbeiter nicht nur als Studenten, sondern auch als Lehrer wirken. Da sind zum Beispiel die „Vier von Durrës“, vier junge Werftarbeiter, die in Eigeninitiative ein kleines U-Boot konstruiert haben. Man hat sie kürzlich zu Vorträgen in die Universität eingeladen. Ebenso kommen Bestarbeiter, Neuerer aus dem ganzen Land hierher, um über ihre Arbeit zu referieren und mit den Studenten zu diskutieren. Arbeiter — vor allem aus den Betrieben der Hauptstadt — sind schließlich auch Mitglieder der Wissenschaftlichen Räte an der Universität, in denen über Fachfragen beraten wird, die aber auch in geheimer Abstimmung über die Annahme von Dissertationen entscheiden.

Überhaupt hat die Universität sehr enge Beziehungen zur Produktion. Der größte Teil der Lehrer ist in wissenschaftlichen Gremien der verschiedenen Betriebe vertreten, wobei viele sogar unmittelbare Aufgaben in der Produktion haben. „Wir kämpfen dafür“, sagt mir ein Professor, „daß diese Aufgaben im Betrieb nicht verwaltungsmäßig, sondern politisch aufgefaßt werden. Wir müssen

albanischer Beitrag zur Praxis des Sozialismus. Man versteht darunter — auf die Universität bezogen — die „Verschickung“ von Hochschullehrern für eine bestimmte Zeit an die Basis, zumeist auf Posten in den Betrieben. Dabei handelt es sich — das muß betont werden — nicht um irgendeine Art von Bestrafung, sondern um einen in Albanien ganz normalen Vorgang, den man in allen Bereichen findet. Durch Kaderrotation stärkt man auf der einen Seite die Basis durch erfahrene Fachleute, zum anderen ist sie auch ein gutes Mittel gegen die Gefahren des Bürokratismus, indem man es den Kadern aus zentralen Einrichtungen ermöglicht, ihren Gesichtskreis an der Basis zu erweitern, die Verbindungen mit den Massen zu verstärken usw.

Schließlich soll noch eine weitere Methode der Verknüpfung zwischen der Hochschule und der Produktionspraxis erwähnt werden: Das ist die regelmäßige Teilnahme von Lehrern wie Studenten an der körperlichen Arbeit auf dem Feld oder

ich natürlich auch „richtige“ Studenten kennenlernen. Zunächst einmal: Wie kommt man in Albanien überhaupt an die Uni? Ich frage Liri, ein 19jähriges Mädchen, nach ihrem Werdegang. Und der ist allerdings sehr einfach und gradlinig. Sie hat die „Sami-Frashe-ri“-Schule in Tirana besucht, wollte Ärztin werden und hat sich für Medizin eingeschrieben. Kann also jeder, der will, nach der Schule die Uni beziehen und ein Fach nach seinem Wunsch studieren?

Bei Liris Kommilitonen Sabri sah der Weg zur Universität schon anders aus. „Ich komme aus einer Arbeiterfamilie“, sagt er. „Mein Vater ist Maurer. Ich selbst bin auch zur Oberschule gegangen und dann in den Betrieb. Das war eine Lebensmittelfabrik in Berat.“ Die Tätigkeit an der Werkbank war kein individueller Umweg, sondern ist in Albanien der normale Gang für einen, der studieren will. Nach der Schule erst einmal in den Betrieb, das ist hier die Regel. Jedenfalls — um es genau zu sagen — für die Jungen. Die Mädchen können so wie Liri direkt von der Schulbank in den Hörsaal überwechseln.

„Dort in der Fabrik habe ich ein Jahr gearbeitet. Dadurch konnte ich mich noch besser mit den Problemen der Produktion vertraut machen; mich noch enger mit der Arbeiterklasse verbinden. Aber natürlich war das alles nicht neu für mich. Ich hatte ja wie alle hier auch während der Schulzeit schon regelmäßig in der Produktion gearbeitet.“

„Und ist es richtig“, frage ich, „daß auch die Arbeiter im Betrieb Einfluß darauf haben, ob jemand nun studieren kann oder nicht?“

„Genau so ist es“, sagt Sabri. „Als ich mein Jahr im Lebensmittelwerk beendet hatte, sind die Kollegen zusammengekommen und haben über mich beraten. Sie haben praktisch mein ganzes Verhalten beurteilt und dann meinen Wunsch, an die Universität zu gehen, unterstützt. Hätten sie das nicht getan, dann wäre ich nicht hier. Denn gegen den Willen der Massen läuft bei uns nichts.“



Auch die Universität hat ihre eigenen Produktionsstätten, in denen die Studenten handwerkliche Fähigkeiten erlernen. Hier werden Universal-Fräsbänke hergestellt.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

„Aber deine Kollegen waren doch sicher nicht die einzige Instanz, die darüber entschieden hat, daß du studieren kannst.“

Die drei Wünsche

„Nein, meinen Wunsch, Ingenieur für Mechanik zu werden, habe ich schon bevor ich in den Betrieb gegangen bin, beim Exekutivkomitee angemeldet. Genau gesagt, ich habe drei Wünsche geäußert, was mein Studienziel betrifft. Beim Exekutivkomitee gibt es eine besondere Kommission, die den Antrag überprüft. Sie hat die Beurteilung von der Schule, vom Jugendverband und dann auch von den Kollegen im Betrieb vorliegen. So kann sie sich ein Bild davon machen, ob die politisch-moralischen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Zensuren aus der Schule spielen natürlich auch eine Rolle dabei. Und schließlich ist auch die Klassenherkunft von Bedeutung. Gibt es zum Beispiel zwei Bewerber mit den gleichen Voraussetzungen, von denen der eine ein Arbeiter- oder Bauernsohn und der andere der Sohn, na sagen wir mal, eines Ministers ist, dann wird dem ersten der Vorzug gegeben.“

So ist also Sabri an die Uni gekommen. Er kann ebenso wie Liri das Fach studieren, das er sich ausgesucht hat. Das allerdings ist nicht immer der Fall. Im Traktori-Werk in Tirana habe ich zum Beispiel einen Ingenieur getroffen, der eigentlich an die Hochschule gegangen ist, um Arzt zu werden. Er war übrigens auch in seinem ungewünschten Beruf zufrieden. Aber ein solches Auseinanderklaffen von Berufswunsch und Wirklichkeit ist nicht die Regel. Um beides miteinander in Einklang zu bringen, soll der Kandidat ja auch nicht nur einen, sondern drei Wünsche äußern. Ausschlaggebend für die Verteilung der Studienplätze ist letztlich der gesellschaftliche Bedarf an Kadern. Einer der Professoren sagte mir:

„Wir haben einen Plan über den Bedarf an Kadern über eine Zeit von fünf Jahren hinweg. Dieser Plan basiert auf den Anforderungen, die von den Bezirken gemeldet werden und dann zentralisiert werden. Wir bilden also auf der einen Seite genau die Anzahl von Kadern der verschiedenen Bereiche aus, die unsere sozialistische Gesellschaft auch braucht. Und auf der anderen Seite hat dann jeder Student natürlich auch einen Arbeitsplatz, wenn er die Universität verläßt. Aber noch etwas zu den drei Wünschen. Es hat sich bei uns eingebürgert, daß die Mädchen und Jungen den dritten Wunsch offen lassen. An seiner Stelle schreiben sie dann in die Bewerbung etwa hinein: „wo die Partei mich braucht“. Ich meine, darin zeigt sich doch das hohe Bewußtsein unserer jungen Menschen. Sie drücken damit aus, daß sie nicht zum Selbstzweck oder um persönliche Neigungen zu befriedigen studieren, sondern in erster Linie, um den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, um das Leben für unser Volk schöner zu machen.“

Im nächsten RM: Interview mit Dritero Agolli, dem Vorsitzenden des albanischen Schriftstellerverbands. Sein Partisanenroman „Kommissar Memo“ und sein Gedicht „Mutter Albanien“ sind auch in deutscher Sprache erschienen.

Washington und Moskau führen Regie

Konferenz der Blockfreien — eine Farce

Castro und Tito als Sprecher der Supermächte

Bei seiner Eröffnungsrede der sechsten Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna plädierte Kubas Präsident Fidel Castro ganz offen für einen Anschluß dieser Staaten an das Lager der Sowjetunion. In seiner Er widerungsrede verteidigte der jugoslawische Präsident Tito die angebliche Neutralität der blockfreien Staaten. Neben diesen Erklärungen im Sinne Moskaus und Washingtons ist auch diese sechste Konferenz davon gekennzeichnet, daß zahlreiche Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern beweisen, daß es sich keinesfalls um eine einheitliche, unabhängige Bewegung handelt.

96 Mitglieder umfaßt seit Montag, den 3.9., die Bewegung der blockfreien Staaten. In dem Koordinationsbüro, das zwischen den Weltkonferenzen die gemeinsamen Geschäfte leitet, sind jetzt 35 ständige Mitglieder: 17 aus Afrika, 12 aus Asien, 5 aus Amerika und eines aus Europa.

Tatsache ist, daß es in ganz

wegung der Blockfreien gegründet wurde, gehören zu ihren Vätern der Inden Nehru, der sein Land in eine formale Unabhängigkeit führte, wo sich die Imperialisten der verschiedenen Machtblöcke seit damals einen heftigen Kampf um den größeren Einfluß liefern, der Jugoslawe Tito, der seine angebliche Unabhängigkeit mit

Staaten zu Recht angegriffen wurde, wurden nicht zu Ende geführt, weil eine Reihe von Staaten sich im Auftrag der USA weigerten, Maßnahmen gegen Ägypten zu ergreifen, dessen Regime auch keinen Schein von Unabhängigkeit mehr hat, sondern eine US-Kolonie darstellt.

Auseinandersetzungen zwischen ganzen Blöcken gab es auch um die Frage, wer Kambodscha vertreten sollte, begleitet vom massiven Störfeuer Pekings, das dabei in dieselbe Kerbe schlug wie Washington.

Noch eine ganze Reihe weiterer Auseinandersetzungen ließe sich als Beweis für die Tatsache anführen, daß es sich hier weder um eine einheitliche, noch gar um eine wirklich blockfreie Bewegung handelt.

Bereits über 100 Änderungs vorschläge zum kubanischen Entwurf für die Schlußresolution, der, wie Castro in seiner Rede, für den Anschluß der Blockfreien an das Lager der sowjetischen Imperialisten plädiert, zeigen deutlich, daß hier im Hintergrund Regie geführt wird. Nicht nur von Moskau aus, wie der kubanische Entwurf beweist, sondern auch von Washington. Alle Änderungs vorschläge am kubanischen Entwurf, die von der Mehrheit der Staaten gemacht wurden, richteten sich am US-amerikanischen Appell aus, die Bewegung müsse weitermachen wie bisher.

Der Beschluß der letzten Konferenz dagegen, eine Kommission damit zu beauftragen, zu untersuchen wie man die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten, ohne die Supermächte, die europäischen und die japanischen Imperialisten organisieren könne, brachte bis heute kein einziges konkretes Ergebnis.

Griechische Arbeiter im Streik

Bosch und Siemens drohen mit Werksschließung

Am 30. August beschloß die Gesellschafterversammlung der griechischen Firma Pitsos AG, ihre Fabrik für elektrische Haushaltsgeräte bei Athen stillzulegen und sämtliche 1200 Arbeiter zu entlassen. Diese Gesellschafter sind niemand anderes als Siemens und Bosch über ihre gemeinsame Tochter Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH.

Anfang des Jahres hatten die Monopolherren beschlossen, die Belegschaft im nahen Athen gelegenen Pitsoswerk zu verringern. Darauf hatte der große Teil der Belegschaft sofort mit einem Streik reagiert. Sie hatten die Forderung erhoben, alle Arbeitsplätze müßten erhalten bleiben. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, deshalb gibt es dort seit acht Monaten immer wieder neue Streiks. Die Unternehmer reagierten zunächst wie bekannt: mit Aussperrung.

Als sie auch damit den Kampfeswillen der griechischen Arbeiter nicht brechen konnten, haben sie jetzt zu dieser drakonischen, brutalen Methode gegriffen, um ihre Ratio-

nalisierungspläne zu verwirklichen: Wenn nicht umgehend und sofort die Arbeit wieder aufgenommen wird, wird das Werk stillgelegt! Pitsos soll zu einer Handelsgesellschaft für anderswo in Griechenland oder im Ausland hergestellte Waren gemacht werden.

In aller Deutlichkeit zeigen sich hier die sogenannten Segnungen, die die Verlagerungspolitik der Monopole für die Werktätigen in den Niedriglohnländern mit sich bringen: Beugen sie sich nicht willenlos dem Diktat der Monopolherren, dann greifen diese zu den brutalsten Maßnahmen. Aber der Streik wird weitergeführt!

Schmidt bei Kadar

Westdeutscher Einfluß in Ungarn wächst

Bei seinem dreitägigen Besuch in Ungarn führte Bundeskanzler Schmidt neben verschiedenen Besprechungen über die geplante Sicherheitskonferenz von Madrid vor allem Gespräche über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die großen Schulden Ungarns im Westen sollen weiter wachsen, weitere Abkommen über Zusammenarbeit geschlossen werden.

Gemeinsam mit Polen und Rumänien gehört Ungarn seit langem zu denjenigen Ländern Osteuropas, die sehr intensiv Geschäfte mit westeuropäischen Kapitalisten machen.

Allein im deutsch-ungarischen Handel entstand Ungarn 1978 ein Defizit von rund einer Milliarde Mark. Dieser Umfang an Geschäften macht Ungarn für die Monopolherren Westdeutschlands so attraktiv, daß sie dort jetzt, während des Schmidt-Besuchs, die Eröffnung ihrer vierten osteuropäischen Handelsförderungsstelle (nach Moskau, Warschau und Bukarest) in Budapest bekanntgaben.

Zwischen ungarischen und

deutschen Firmen gibt es nach den jetzt neu abgeschlossenen bereits mehr als 300 Kooperationsabkommen verschiedenster Art, profitabel für die herrschenden Klassen beider Länder. Die ungarischen Werktätigen müssen diesen wachsenden Einfluß der westeuropäischen und US-amerikanischen Monopole mit einer immer stärkeren Inflation bezahlen, die ihren Lebensstandard senkt.

Rhodesische Armee überfällt Mosambik

Mittwoch und Donnerstag letzter Woche überfielen rhodesische Luft- und Bodentruppen das Nachbarland Mosambik. Wie einst Ian Smith, so begründete auch die Verwaltung der jetzigen Muzorewa-Regierung diesen Überfall als präventive Maßnahme gegen einen drohenden Angriff der Patriotischen Front.

Die Truppen aus Salisbury drangen bis auf 180 Kilometer an Maputo, die Hauptstadt Mosambiks, vor. Sie bestehen aus Hubschrauberlandtruppen und Heereskräften, die von Kampfflugzeugen unterstützt werden. Der Ort Aldeia da Barragem, der Ziel des Angriffs war, war am letzten Freitag noch umkämpft.

Mit diesem Überfall auf das Nachbarland hat die Muzorewa-Regierung ganz deutlich gezeigt, daß sie dieselbe Politik verfolgt wie der weiße Rassist Ian Smith, daß es eine Alibi-Regierung der weißen Rassisten ist, die die farbigen Befreiungskämpfer mit Bomben und Granaten verfolgt. Diese Überfälle, die schon das Smith-Regime stets im israelischen Stil begründete - als präventive Maßnahmen - kosteten Hunderten von Zivilpersonen das Leben.



Castro, Tito — Widersprüche auf der Blockfreien-Konferenz

Amerika kein einziges Land gibt, das wahrhaft unabhängig, blockfrei wäre. Mittel-, Süd- und Nordamerika werden mit Ausnahme Kubas vom Dollar der amerikanischen Finanzmagnaten beherrscht. Aus Asien sind zum Beispiel die ASEAN-Staaten Indonesien, Philippinen und Malaysia zu erwähnen, in denen Diktatoren wie Marcos im Auftrag der Monopole der USA und Westeuropas regieren. Vertreten sind auch Staaten Afrikas wie Äthiopien, wo der russische Militärstiefel den Ton angibt, und Somalia, das am langen Arm der Kredite westeuropäischer Banken geführt wird.

Dies ist nicht erst seit heute so. Bereits 1961, als die Be-

Generalstreik im Baskenland

San Sebastian, 3. September. Nachdem die Polizei am 1. September bei einer Demonstration einen 18jährigen Jugendlichen erschossen hatte, wurde für Montag, den 3. September, der Generalstreik ausgerufen, der vollständig befolgt wurde.

San Sebastian war das Zentrum des Kampfes. Dort demonstrierten Zehntausende, das öffentliche Leben brach vollkommen zusammen, keine Fabrik, keine Geschäftsstelle arbeitete, die öffentlichen Verkehrsmittel fuhren nicht. In Bilbao kam es zu Barrikadenkämpfen mit der Polizei. In der Nähe von Irun eröffnete die Polizei mit Gasgewehren das Feuer auf die Demonstrantenmenge.

Auch in Biarritz, im französischen Teil des Baskenlandes, kam es am 2. September abends zu großen Demonstrationen gegen die spanische Regierung und Polizei. Die französische Polizei verhaftete dabei mindestens neun Demonstranten. Die Demonstranten hatten gefordert, den nach Frankreich geflohenen Basken aus Spanien den Status politischer Flüchtlinge zuzuerkennen.

Dollars und Mark, aber auch mit Rubel finanziert, während Kräfte wie Nasser oder Sukarno, die eine Zeitlang versuchten, einen etwas unabhängigeren Kurs zu steuern, entweder bald gestürzt wurden, oder diesen Kurs aufgaben.

Dementsprechend war hinter der Kulisse der großen Reden und von papierernen Entschlüssen auch eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen zu erkennen, die von den Interessen der beiden Supermächte hervorgerufen wurden oder von regionalen Vorherrschaftsstreben verschiedener Staaten.

Auseinandersetzungen um den Vertrag Ägyptens mit Israel gegen die Palästinenser, der von verschiedenen arabischen

Niederlande

Streik der Hafenarbeiter geht weiter!

Am Dienstagabend, 4. September, machten die Rotterdamer Hafenkapitalisten den streikenden Arbeitern ihr Angebot: 28,5 Gulden mehr pro Mann und Woche ab 1. Juli, ein Tag mehr Urlaub, Rente ab 62 Jahren. Während die Presse auch in Westdeutschland über den Abschluß des Streiks jubelte, lehnten die Hafenarbeiter in einer Urabstimmung dieses Angebot mit großer Mehrheit ab.

Die größte der Gewerkschaften im Hafen, die sozialdemokratisch geführte FVN, hatte den Unternehmern bis Dienstagabend ein Ultimatum gestellt. Gleichzeitig aber weigert sich die Führung der Gewerkschaft FVN nach wie vor, den Streik zu unterstützen. Ihre 6000 Mitglieder beteiligten sich geschlossen am Streik, der von zwei anderen, kleineren Gewerkschaften mit zusammen ca. 1500 Mitgliedern organisiert wird.

Noch während die Massenmedien das Ende des Streiks verkündeten, wurde bekannt, daß er sich in Wirklichkeit auch auf den Hafen in Amsterdam ausgedehnt hat.

Seit der Ablehnung eines

Tarifvertrags (mit 55 Prozent) in der Urabstimmung im Januar besteht faktisch ein tarifloser Zustand, lediglich die FVN-Führung beharrt darauf, es existiere ein Tarifvertrag. Die immer größere Teuerung trieb die Kollegen zum Handeln.

Organisiert ist der Streik durch das Aktionskomitee der Streikenden, dem pro Betrieb, egal wie groß, mindestens je zwei Mitglieder angehören, die über alle Fragen mit ihren Belegschaften sprechen und gemeinsam abstimmen.

Das Aktionskomitee hat ein besonderes Unterkomitee geschaffen, das für die Organisation der Solidarität der Bevölkerung zuständig ist, vor allem für die Beschaffung von

Geld für die Kollegen, die ohne Unterstützung der Gewerkschaft streiken. Die Unterstützung ist sehr groß, so daß sogar eine kleine Reserve angelegt werden konnte.

Die Hafenarbeiter werden ihren Kampf für ihre Forderungen fortsetzen: 30 Gulden mehr pro Mann und Woche ab Januar, zwei Tage mehr Urlaub, Rente ab 60 Jahre und eine verbesserte Schichtregelung.

(Aus einem telefonischen Kurzbericht. Im nächsten Roten Morgen werden wir den genauen Bericht einer Delegation der RGO Hamburg veröffentlichen, die in Rotterdam mit dem Aktionskomitee und mit Streikposten sprach).

Interview mit J. Amazonas (Teil II)

„Möglichkeiten des Kampfes gibt es immer“

Der 1. Sekretär der KP Brasiliens über die heutige Lage

Im zweiten Teil des Interviews, das der 1. Sekretär der KP Brasiliens, Genosse Joao Amazonas dem Zentralorgan unserer portugiesischen Bruderpartei, der „Bandeira Vermelha“ gab, zieht er die Lehren aus dem Kampf seiner Partei gegen die Diktatur, spricht über die kommunistische Weltbewegung und Genossen J.W. Stalin, unter dessen Führung die kommunistische Weltbewegung große Fortschritte erzielte.



Joao Amazonas, 1. Sekretär der KP Brasiliens

BV: Hat die Partei auch unter den Bedingungen der härtesten Verfolgung immer versucht, sich Möglichkeiten der offenen Arbeit zu erhalten?

Genosse Amazonas: Ja. Als ich sagte, daß wir eine richtige Politik hatten, dachte ich auch an diese Tatsache. Natürlich haben wir stets eine geheime Aktivität entfaltet. In einer Diktatur ist das die Pflicht, man muß in den frühen Morgenstunden Parolen malen, die das Regime verurteilen, oder Flugblätter verbreiten, kurze Treffen mit Arbeitern organisieren, in einer Gruppe Bauern in wenigen Worten die Situation erklären und alles das. Aber es ist sehr wichtig, daß die Partei in der Lage ist, die kleinsten Möglichkeiten offener Arbeit zu nutzen. Das ist das beste Mittel, eine möglichst breite Verbindung zu den Massen zu halten, sie führen zu können im Kampf gegen den Feind, für ihre Forderungen.

Wir hatten nie eine defätistische Haltung zu dieser Frage, nie behauptet, es gäbe keine Möglichkeiten offener Arbeit. Solche Möglichkeiten gibt es in jeder Situation. Weil es nämlich auch für eine tyrannische Regierung, sogar eine faschistische Regierung unmöglich ist zu herrschen, ohne wenigstens ein Mindestmaß an Demagogie anzuwenden. Sie müssen bestimmte Bewegungen unterstützen und das erleichtert die Möglichkeiten der Volkskräfte zur Aktion.

In Brasilien wurden die politischen Parteien eliminiert. Die Regierung schuf zwei Parteien,

in Wirklichkeit nur eine: die der Regierung. Aber um die Existenz ihrer Partei zu rechtfertigen, um eine pseudodemokratische Fassade zu schaffen, mußten sie eine zweite Partei, eine Partei der zustimmenden Opposition gründen. Eine Partei mit sehr beschränktem Wirkungskreis.

Der Sinn dieses Vorgehens lag eben darin zu sagen, es gibt in Brasilien die Partei der Regierung und die der Opposition. Lange Jahre hatte es die Oppositionspartei sehr schwer, überhaupt irgendeine Bedeutung zu gewinnen.

Aber allmählich schuf das Leben selbst einen Widerspruch. Die MDB (Brasilianische Demokratische Bewegung) wurde das Becken, in dem sich alle oppositionellen Strömungen sammelten. Auf dieser Grundlage verwandelte sie sich in eine Partei der Einheitsfront. Diese Partei, von der Diktatur geschaffen, um die Aktivitäten der Opposition einzuengen, trug so zur Schaffung einer politischen Organisationsform bei, die bis dahin im Lande nicht vorhanden war und die sich als sehr wirksam erwies.

Als die Strömung der Opposition anwuchs und begann die Diktatur auf dem juristischen und parlamentarischen Gebiet zu bedrohen wie es heute geschieht, da stellte sich für die Militärs von neuem die Frage, diese Partei aufzulösen und eine neue Parteigruppe zu schaffen, die dieses Kräfteverhältnis für einige Zeit veränderte. Ob ihnen das gelingt oder nicht, ist natürlich eine andere Frage. Heute bewegt sich vieles in Brasilien, und man kann schlecht genaue Voraussagen über zukünftige Ereignisse treffen. In Wirklichkeit stoßen diese Pläne der Regierung nämlich auf große Schwierigkeiten. Jede Strömung der öffentlichen Meinung will sich heute als Partei organisieren, legal existieren.

Die Wiedergründung von Parteien, die vom Volk verlangt wird und die im Zusammenhang mit der Freiheit steht, stößt mit der ganzen reaktionären Struktur zusammen. Alles weist darauf hin, daß diese Wünsche der Regierung, wie viele andere auch, sich nicht lange werden halten können.

Der Aufstand von Araguaia

BV: Eine Sache, die unsere Kämpfer und auch das portugiesische Volk im allgemeinen sehr interessiert hat, war der bewaffnete Kampf im Araguaia-gebiet. Kannst Du uns darüber etwas sagen?

Genosse Amazonas: Ich glaube, daß die Reportagen, die vor kurzem in einer großen Zeitung in Sao Paulo veröffentlicht wurden, in gewisser Weise die Ereignisse von Araguaia, ihre Bedeutung für Brasilien richtig bestimmt haben, als sie als Gesamtüberschrift den Satz nahmen „Araguaia ist ein Ergebnis, das in die brasilianische Geschichte eingegangen ist“. Genau das ist es: ein geschichtliches Ereignis.



Jugendliche in den „Favelas“, den Elendsvierteln. 15 Millionen Kinder und Jugendliche leben im Elend.

Die Tatsache, daß die großen Zeitungen, die jetzt darüber berichteten, ohne Ausnahme in der Zeit der Reportagen ihre Auflage wesentlich erhöhten, die Tatsache, daß Bücher und Broschüren über Araguaia in wirklich hoher Auflage verkauft wurden, alles das zeigt, welch großes Interesse hier geweckt wurde.

Was geschah in Araguaia? Dort wollten sie die Armee einsetzen, die daran gewöhnt war, Studenten und Streikende in den Städten zu massakrieren, dort wollten sie es genauso machen. Aber schon beim ersten Versuch mußten sie merken, daß die Einwohner vom Süden Paras ihnen antworten, daß die Dinge dort anders lagen. Diese Bewohner waren entschlossen, der Unterdrückung so entgegenzutreten, wie ihr entgegengetreten werden muß, und so entwickelte sich ein furchtbar ungleicher Kampf, aber ein Kampf, in dem diese Kräfte drei Jahre lang Widerstand leisteten, wobei sie die

grausamste Unterdrückung erlebten, die das Land gesehen hatte. Die Einwohner, die Bauern, die Kinder, die Frauen, die Alten, wurden gefoltert, ihre Hütten und Felder niedergebrannt, sie wurden brutal verfolgt. Mit sehr wenigen Waffen hielten die Kämpfer drei Feldzügen der bewaffneten Streitkräfte stand. Diese Ereignisse sind reich an Lehren. Wie war das möglich? Man muß sehen, daß in Araguaia die Verschmelzung zwischen den Kämpfern und den Massen fast total war, daß es keine Grenze zwischen denen die kämpften und solchen, die nicht kämpften gab.

Die, die kämpften, arbeiteten auf dem Feld, und die, die auf dem Feld arbeiteten, kämpften. Das zeigte, daß der Wille der ländlichen Massen der Wille zum Kampf, zum Widerstand da ist. Es ist eine unterdrückte Masse, die wenig Möglichkeiten hat, sich zu verteidigen, aber solche Aktionen haben nach Araguaia zugenommen. Das waren die Wünsche der Landbevölkerung.

Millionen und Abermillionen Menschen aus der ländlichen Bevölkerung in Brasilien wünschen das Recht auf Land, ein würdiges Leben, das Recht auf Freiheit. Man kann sagen, daß Araguaia ein Ausschnitt ist, an dem man das ganze Drama des brasilianischen Volkes sehen kann, alle seine großen Wünsche, ein besseres Leben zu



Streikversammlung in Sao Paulo. Im März streikten 200 000 Metallarbeiter für zwei Wochen. Die Reallöhne sanken in den 15 Jahren Diktatur um 50 Prozent.

sationen, die am stärksten gegen den Fokismus in Brasilien und Lateinamerika gekämpft haben.

Wenn es andere Wege gäbe, als den des bewaffneten Kampfes, dann würden die Völker sie sicher benutzen, um zu ihren Zielen zu kommen. Aber es gibt sie nicht und wird sie nie geben, weil die herrschenden Klassen, zur Verteidigung ihrer Interessen, nicht bereit sind, zu akzeptieren, daß die große ausgebeutete Mehrheit sich ihrer Lage bewußt wird und sich gegen die Interessen der Ausbeuter erhebt.

Die herrschenden Klassen finden immer einen Weg zu unterdrücken, um ihre Herrschaft zu erhalten. Diese Herrschaft kann nur gebrochen werden durch die Gewalt, durch die Revolution, das ist eine Erfahrung, die überall in der Welt besteht.

Die kommunistische Weltbewegung

BV: Wie siehst Du die heutige marxistisch-leninistische Weltbewegung?

Genosse Amazonas: Darauf kann man so kurz schlecht antworten. Man kann sagen, daß die Zeit der III. Internationale, als Stalin lebte, eine Zeit des Erstarkens der Weltrevolution und des Wachstums der kommunistischen Parteien war. Eine Zeit großer Hoffnungen für die Ausbeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt. Alles dies wurde durch die revisionistische Aktion von Chruschtschow und seinen Leuten vernichtet. So erlitt die kommunistische Bewegung einen schweren Schlag. Auch die Position Chinas, das im internationalen Rahmen als eine revo-

lutionäre, sozialistische, ja sogar marxistisch-leninistische Kraft auftrat, war ein weiterer schwerer Schlag, den die Bewegung erlitt. Die Bedeutung ist aber unterschiedlich, meine ich. In der Sowjetunion war der Sozialismus aufgebaut, während das in China nie geschah. Es ist sogar zweifelhaft ob China jemals die Etappe des Sozialismus erreicht hat, aber indem es als revolutionäre Kraft auftrat, trug dies auch dazu bei, die Kräfte der Arbeiter und der Völker zusammenzuschließen. Deshalb ist die jetzige sozialimperialistische Haltung Chinas ein weiterer Schlag.

Aber die Kraft der Bewegung ist so groß, daß selbst solche Schläge sie nicht vernichten können. Heute gibt es in fast allen Ländern der Welt kommunistische Parteien, die man wahrhaft vom neuen Typ nennen kann, leninistischen Typs, die sich auf die Lehren der Meister der fortgeschrittensten Sozialwissenschaft berufen. Vor allem die Partei der Arbeit Albanien, die erfahrenste Partei, mit ihrem Führer Enver Hoxha, ein wirklich im Leben bewährter Marxist-Leninist.

Wir leben in einer Zeit, da die revolutionären Kräfte nicht zerschmettert wurden, sondern, im Gegenteil, voller Kraft wieder auftreten. Ich glaube, wir befinden uns in einer Situation, wo es der Arbeiterklasse möglich ist, einen großen Schritt vorwärts zu tun, und sich wirklich in eine große Kraft zu verwandeln, um sozusagen die objektiven Erfordernisse der Weltlage zu erfüllen, den Sturz des Kapitalismus. Auf der Tagesordnung steht die Ersetzung dieses Regimes, damit die Menschheit einen Schritt vorwärts, zu einer neuen Ära ihrer Geschichte tun kann.

Elsa Monserat freigelassen!



Vor kurzem wurde bekannt, daß Genossin Elsa Monserat, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens, freigelassen wurde.

Sie war zur selben Zeit gefangen genommen worden, als die brasilianische Polizei die Genossen Pedro Pomar, Ange-

lo Arroyo und Batista Drummond ermordete. Sie erlitt alle Foltern, die die Folterknechte für alle Freiheitskämpfer und speziell für die kommunistischen Führer reserviert haben.

Ihre Freilassung ist ein Sieg der demokratischen Volksbewegung Brasiliens, der der Diktatur der Generäle abgerungen wurde, der zeigt, daß es nicht die Generäle, sondern die Massen sind, die die Entwicklung des Lebens in Brasilien bestimmen.

Genossin Elsa Monserat kehrt gemeinsam mit dem Genossen Jose Duarte zu den Kämpfern zurück, ihnen gelten die heißen Grüße der Kommunisten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE	
1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz 32,08 m	KW
	7300 kHz 41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz 32,08 m	KW
	7300 kHz 41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz 32,08 m	KW
	7300 kHz 41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz 32,08 m	KW
	7300 kHz 41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz 41,10 m	KW
	5945 kHz 50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz 215 m	MW
2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz 41,10 m	KW
	5945 kHz 50,46 m	KW
	1457 kHz 215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz 41,10 m	KW
	5945 kHz 50,46 m	KW
	1457 kHz 206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz 41,10 m	KW
	5945 kHz 50,46 m	KW
	1394 kHz 215 m	MW



Oberin erpreßt Gynäkologen

Mordanzeige wegen Abtreibung

CSU-Mitglied vergleicht Abtreibung mit Auschwitz Furtwangen. „Wegen Verdacht des Mordes im Krankenhaus Furtwangen“ stellte Professor Hans-Bernhard Seiler, Dozent an der Fachhochschule Furtwangen (Schwarzwald), Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Konstanz.

Bei seinem Strafantrag beauftragt sich Seiler auf ein Schreiben der für das Krankenhaus in Furtwangen zuständigen Provinzoberin, Schwester Bernarda Hermann. Dort heißt es: „Wir haben uns zum Dienst am Menschen verpflichtet und können es nicht zulassen, daß unsere Schwestern in einem Krankenhaus arbeiten, in welchem vorsätzlich gemordet wird.“

Zwar hat der Gynäkologe Dr. Josef M. Scherer sich dagegen verwahrt, als Mörder beschimpft zu werden, doch wird er in Zukunft nur noch Abtreibungen aus medizinischen Gründen durchführen, um die unter dem Kommando der Oberin stehenden Schwestern nicht zu verlieren.

Nicht nur, daß mit schmutziger Verleumdung gegen Ärzte vorgegangen wird, die den Frauen den Gang zum berühmten „Engelmacher“ ersparen, hier wird auch mit erpresserischen, also kriminellen Methoden unterbunden, daß der Gynäkologe Scherer Eingriffe vornimmt, die völlig legal sind.

Dieser skandalöse Vorfall im Schwarzwald ist Teil einer üblen Hetzkampagne, die vor allem vom katholischen Klerus und rechtsextremen Kreisen ausgeht.

So steigerte der Vorsitzende des gesundheitspolitischen Ar-

beitskreises der CSU, Hartwig Holzgartner, die Mordthese gleich zum Massenmord: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.“ Und Kardinal Hoffner, Westdeutschlands Oberkatholik, äußerte Verständnis für Holzgartners irrwitzige Behauptung.

Während die fortschrittliche Öffentlichkeit und insbesondere die werktätigen Frauen für die vollständige Streichung des Paragraphen 218 kämpfen, geht die Reaktion mit übelsten Methoden, mit Verleumdung und Erpressung gegen jede Art der Abtreibung vor. Die geistlichen Würdenträger nehmen bewußt in Kauf, daß die Frauen bei selbsternannten und dubiosen Abtreibungsexperten ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen, so daß der Vorwurf, Abtreibung sei Mord, unversehens auf dessen Urheber zurückfällt.

Daß das alles unter dem Motto „Dienst am Menschen“ oder „Schutz des menschlichen Lebens“ passiert, ist reinster Zynismus, der die menschenverachtende Haltung und Charakterlosigkeit der Drahtzieher der Antiabtreibungskampagne zum Ausdruck bringt.



Die Warriors

Platt, stumpfsinnig und brutal

Filmbesprechung von einem Trierer Genossen

Kürzlich habe ich mir den Film *Die Warriors* angesehen. Es ist einer der vielen importierten US-Filme, der in die Sparte der neuerdings häufiger angebotenen Filme über Jugendbanden aus den amerikanischen Slums gehört. Nachdem man uns mit reinen Musik- bzw. Konzertfilmen, mit *Easy-Rider*-Abklitsch und *Disco*-Welle überschwemmt hat, ist zunehmend die härtere Masche, *Action* und *Brutalität* auf dem Vormarsch.

Das Geschehen des Films ist schnell geschildert, da es simpel und leicht überschaubar ist. Auf einer Art Konferenz aller New Yorker Jugendbanden ruft einer ihrer anerkannten Führer, ein Typ, der wie ein Prophet aufgemacht ist, zum gemeinsamen Kampf gegen die Polizei und zur Eroberung der Millionenstadt auf. Der prophetische Führer wird erschossen, der Verdacht fällt auf eine Jugendbande mit dem Namen *Warriors* (Krieger).

Gegen die *Warriors* wird ein Zweifrontenkrieg entfesselt. Sowohl die Polizei als auch rivalisierende Banden sind hinter ihnen her und wollen sie umbringen. So prügeln sich die *Warriors* als die mutigen, guten und sympathischen Burschen von der Bronx quer durch Manhattan nach Brooklyn durch, gegen andere Banden, die in ihrer seltsamen Verkleidung (zum Beispiel auf Rollschuhen, der neueste Modehit) eher plump und dummlich wirken.

Natürlich werden die wahren Mörder gestellt und abgeurteilt. Die *Warriors* sind rehabilitiert; sie haben sich zu einer allseits geachteten Bande emporgeschlagen.

Vollkommen losgelöst von den sozialen Hintergründen des nordamerikanischen Bandenwesens und Rowdytums läuft die wilde Verfolgungsjagd mit kurzen Spurt- und Sprint-

einlagen von Schlägerei zu Schlägerei. Wohl gemerkt, die *Warriors* sind kaum vergleichbar mit der eher harmlosen Brooklyn-Bande in *Travolta* Samstagsnacht-Gesäusel, aber wie im schlechten Western wirkt auch hier das Abstechen oder Erschießen eines feindlichen Bandenmitglieds wie selbstverständlich. Mit den zu Unrecht gejagten *Warriors* wird dem zumeist jugendlichen Zuschauer eine ganze Gruppe zur Identifikation angeboten, zugleich das Gefühl der Jugend aufgefangan, zu rebellieren, „aussteigen“ zu wollen.

Bandenriminalität unter Jugendlichen ist für die deka-

dente amerikanische Gesellschaft eine gewohnte Alltagserscheinung. Dieser Film verherrlicht sie und umgibt sie mit romantischem Flitter. Inhalt und Form stimmen hierbei voll und ganz überein. Die gesamte Handlung wird in einer Nacht abgewickelt, in der bis auf wenige Details die restliche Gesellschaft der Stadt aus dem Spiel gelassen wird. Die Dialoge sind platt und leer, fast ausnahmslos auf die *Action* bezogen.

Die Filmmusik, zumeist ideenloser, harter Rock, unterstützt nur die Beschleunigung der Handlung und ihre Romanisierung. Unklar bleibt, wofür



sich diese Jugendbanden eigentlich einsetzen und wogegen sie sich wenden.

Ein solcher Film trägt absolut nicht zur Verdeutlichung eines gesellschaftlichen Problems bei, eher wird durch ihn Haß abregiert bzw. in die falsche Richtung gelenkt. Daß es sich hierbei nicht nur um bloße Unterhaltung handelt, zeigen die Reaktionen in den USA, wo es nach Filmvorführungen zu Toten und Schwerverletzten kam und Passanten angegriffen wurden.

Von Schizophrenen, Verwahrlosten und Psychopathen

Psychologische Fibel für die Polizei

Kaum verteilt, mußte sie schon wieder eingezogen werden, die *Psychologische Fibel für die Polizei* mit dem Untertitel *Anleitung für den Umgang mit dem Mitbürger*. Und das Bundesinnenministerium distanziert sich eifrig. Es handelt sich um eine Art „Bullenknigge“ für angehende Polizeibeamte in Bund und Ländern.

Das, was sich so vornehm hinter dem wissenschaftlichen Begriff „psychologische Fibel“ verbirgt, ist in Wahrheit eine üble Hetzschrift, ein volksverhetzendes Pamphlet, bei dem unverkennbar die verbrecherische Ideologie über „unwertes Leben“ und „Untermenschen“ Pate gestanden hat.

So erklärt der Autor Klaus Schwarz gleich im ersten Kapitel psychisch kranke Menschen zu „Außenstehern der Gesellschaft“; auch Blinde und Taubstumme gehören seiner Meinung nach in diese Kategorie, ebenso wie Verwahrloste (was immer das sein mag) und Rauschgiftsüchtige; ausdrücklich werden in diesem Zusammenhang auch „hirnverletzte Kriegeropfer“ genannt.

Für die polizeiliche Praxis gibt er gleich eine griffige Definition der Schizophrenie: „Schizophrenie sind Eigenbrödlern, haben Wahnideen, leiden unter Verfolgungswahn, denunzieren leidenschaftlich.“ Psychisch Kranke für Spitzeldienste mißbrauchen, deuten

die Erläuterungen von Schwarz nicht in diese Richtung?

Von „geistig Zurückgebliebenen“ weiß Schwarz zu berichten, daß sie häufig verwahrlosten Familien entstammen. Verwahrloste Familien sind bei Schwarz in Prostituiertenkreisen oder bei Säufern und Sexualverbrechern anzusiedeln. Wer also mehrmals in der Schule sitzenbleibt, der ist dann irgendeinem Bordell entsprungen oder dessen Vater ist Säufer oder gleich ein Lustmörder.

Über Psychopathen erfährt man folgendes: „Sie sind labil, schwach gegen ihre Triebe, schießen immer über das Ziel hinaus und neigen zum Extremen, zum Übertriebenen.“ Doch wenn diese Art von Menschen ihre „Triebschübe im Rahmen eines Berufs oder einer Begabung“ (dabei erwähnt er Holzfäller oder Boxer) kanalisieren könnten, wären sie keine Gefahr. Warum so gewählt reden? Ab in den Steinbruch, ins Arbeitslager, ins KZ mit den zum Extremen neigenden

Psychopathen, das meinen Sie doch, Herr Schwarz!

Und „all die Menschen, die gegen die geschriebenen und ungeschriebenen Sittengesetze wiederholt verstoßen“, werden schlichtweg zu „Verwahrlosten“ erklärt; in diese Rubrik können wohl auch problemlos politische Täter wie Demokraten, Gewerkschafter oder gar Kommunisten eingereiht werden.

Doch — um der Wahrheit gerecht zu werden — es gibt auch eine Gruppe, die Schwarz durchaus positiv bewertet und die der angehende Polizeibeamte tunlichst mit Samthandschuhen anfassen sollte, nämlich Politiker, prominente Sportler und Show-Stars. Gegenüber ihnen empfiehlt Schwarz nicht nur diskrete Zurückhaltung, sondern auch: „Bereitwillige Information ist besser als kurze Zurechtweisung“. Die bleibt dann „Otto Normalverbraucher“ vorbehalten, und was mit den Außenstehern ist, hörten wir bereits.



Kinderreiche Familie: Der Klerus und die CSU bezeichnen die Abtreibung aus sozialen Gründen als Mord.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60,—

☐ halbjährlich
DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 32, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 8-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 19, Tel.: 0451 / 47 38 70.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr. SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.